

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



- *Tschechischer Ministerpräsident in Bayern: „...dass wir auch heute nicht ohne einander auskommen ...“ – S. 4*
- *Italien: Kein eindeutiges Ergebnis – S. 7*
- *Mannheim: Blockaden verhindern rassistische Kundgebung der NPD – S. 12*
- *Schwierige Lage bei der Tarifaueinandersetzung der Beschäftigten der Länder – S. 16*
- *Horst Kahrs: Abschied und Wiederkehr – Neuorientierung der Linken – S. 20*

Ausgabe Nr. 3 am 7. März 2013, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung
„Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“.
Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer, Postfach 210112, 10501 Berlin, E-Mail: ruediger-loetzer@onlinehome.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff, Tel. 0209/81 53 43 oder 0178/2 87 75 71, E-Mail: t.jannoff@web.de

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11/62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de
Letzte Seite: Alfred Küstler, Anschrift Aktuelles.

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln
Abos: GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart. stuttgart@gnn-verlage.com

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 1 Ausgabe für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

„Armutszuwanderung aus Südost-europa braucht Lösungen durch Bund, Länder und EU“

<http://www.staedtetag.de> Aus den Kommunen kommen besorgte Stimmen. Der Deutsche Städtetag, als Organ der Gemeinden, fordert Bund und Länder sowie die Europäische Union auf, sich intensiver mit der Armutszuwanderung von Menschen aus Bulgarien und Rumänien zu befassen. Nach Einschätzung der Städte muss eine Diskussion auf europäischer Ebene angestoßen werden, wie in den Herkunftsländern die Lebensbedingungen verbessert werden können, um Armutswanderungen innerhalb der EU unnötig zu machen. Außerdem brauchen die betroffenen Städte Unterstützung von Bund, Ländern und EU, um bestehende Probleme durch die Zuwanderung bewältigen zu können. Ziel aller handelnden Akteure muss es sein, Voraussetzungen für eine gute Lebensperspektive aller Menschen, sowie für ein friedliches und respektvolles Miteinander zu schaffen.

„In Deutschland leben viele Menschen aus Rumänien und Bulgarien, die gut integriert sind. Allerdings kommen aus beiden Ländern auch viele Menschen in deutsche Städte, die in ihrer Heimat unter sehr schwierigen Bedingungen oft in Armut lebten und bessere Lebensverhältnisse suchen“, erklärt der Präsident des Deutschen Städtetages, der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude: „Das ist individuell verständlich. Die in Deutschland etablierten Förderstrukturen und Konzepte zur Integration eignen sich jedoch nicht dafür, europäischen Armutswanderungen effektiv zu begegnen. Zudem werden die Betroffenen in den Städten schwer erreicht, Hilfsangebote greifen zu wenig.“ Das liege oft an fehlenden Sprachkenntnissen und an geringer Bildung, aber zum Teil auch an schlechten Erfahrungen, welche die Menschen in den Herkunftsländern mit offiziellen Stellen und Institutionen gemacht haben. „Die realen Probleme dieser Menschen müssen bewältigt werden und es braucht passende neue Ansätze, diese Menschen aus ihrer sozialen Notlage zu befreien“, so Christian Ude: „Dafür müssen sowohl die Lebensverhältnisse in den Herkunftsländern verbessert werden als auch Bedingungen geschaffen werden, die hierzulande kommunales Handeln ermöglichen und ein friedliches Miteinander von Zuwanderern und anderen Bevölkerungsgruppen der Stadtgesellschaft fördern. Die betroffenen Städte stehen hier vor enormen Herausforderungen, es besteht erheblicher Handlungsbedarf.“

Nach Erfahrungen der Städte zeigen

sich nach der Aufnahme in Deutschland vor allem Schwierigkeiten in den Bereichen Gesundheit, Kinder / Bildung, Wohnen sowie Soziales Miteinander / Integration und Arbeitsmarkt

Arbeitsmarkt: Stabile Trennlinie zwischen Ost und West

www.die-linke.de, 28.2. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt zeigt nach wie vor eine deutliche höhere Arbeitslosigkeit im Osten. Dazu erklärt der Bundesgeschäftsführer der Linken, Matthias Höhn:

Erneut hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt verschlechtert. Die Zahl der Menschen ohne Arbeit stieg gegenüber Januar um 18 000 auf offiziell 3,156 Millionen. Lässt man alle statistischen Spielereien beiseite, waren im Februar insgesamt 3,967 Millionen Menschen arbeitslos.

Eines ist auffällig: Weiterhin gibt es eine stabile Trennlinie zwischen Ost und West. Mit 11,5 Prozent ist die Arbeitslosigkeit im Osten fast doppelt so hoch wie im Westen des Landes mit 6,4 Prozent. Damit findet sich Die Linke nicht ab. Was für die politischen Verantwortlichen offensichtlich der hinnehmbare Normalzustand ist, ist für uns ein unhaltbarer Zustand.

Und auch für die, die Arbeit haben im Osten ist die Situation keineswegs gut: Der Niedriglohnbereich umfasst den Osten flächendeckend, Leiharbeit und andere Formen prekärer Beschäftigung sind die Regel, von der besonders Frauen betroffen sind. Neun von 12 Branchenmindestlöhnen sind für den Osten niedriger als im Westen. So verdient ein gelernter Maler im Ost so viel, wie im Westen ein Ungelernter – im Jahr 23 nach der Wiedervereinigung ist diese Teilung ein gesellschaftlicher Skandal.

Daher ist es zu begrüßen, dass das Thema gesetzlicher Mindestlohn – Dank der konsequenten Haltung der Linken – endlich fester Bestandteil der gesellschaftlichen Diskussion quer durch alle Parteien ist. Ein flächendeckender, gesetzlicher Mindestlohn von 10 Euro, der in Ost wie West gleichhoch ist, kann merkliche Impulse für die Binnenkonjunktur setzen, gerade im Osten. Und dem Niedriglohn wird so am konsequentesten der Garaus gemacht.

Linke: Hartz IV ist Armut und Ausgrenzung per Gesetz

www.die-linke.de, 1.3. Die Vorsitzende der Linken, Katja Kipping wirft dem Arbeitsministerium nach dem Bekanntwerden von Gesamtausgaben in Höhe von 355,5 Mrd. Euro für das Hartz-IV-System die Verbreitung

Politische Berichte im Internet: www.politische-berichte.de

von „Horror-Zahlen“ vor. In Wahrheit belegen die Zahlen angesichts der Menge der Betroffenen laut Kipping, dass Hartz IV „Armut per Gesetz“ sei. Kipping fordert einen Drei-Punkte-Plan, um „Hartz IV die schlimmsten Giftzähne zu ziehen“. Sie erklärt:

Mit der Verbreitung von globalen Horrorzahlen ist niemandem geholfen. Ich finde es viel bemerkenswerter, dass die Bundesrepublik seit 2005 fast eine Viertel Billion für die Bundeswehr und ihre Waffen ausgegeben hat, ohne dass es zu irgendeinem Zeitpunkt eine kriegerische Bedrohung für Deutschland gegeben hat. Die grassierende Armut von Niedriglöhnern, Erwerbslosen und ihren Familien ist dagegen ein reales Problem und das Ergebnis einer falschen Politik. Arbeitslosigkeit, Niedriglöhne und riesige Reichtümer in den Händen einiger Weniger führen zur Armut vieler anderer. Wer Sozialausgaben senken will, muss zuallererst Mindestlöhne und einen öffentlichen Beschäftigungssektor einführen und auf eine Politik der allgemeinen Arbeitszeitverkürzung einschwanken.

Die verbreiteten Zahlen sind in Wahrheit der Beweis dafür, dass Hartz IV Armut und Ausgrenzung per Gesetz ist. Die Fakten sind klar. Im Durchschnitt aller Jahre haben seit Januar 2005 in jedem Monat rund 6,8 Millionen Menschen in Bedarfsgemeinschaften nach dem Hartz-IV-System gelebt. Das heißt: Pro Betroffenen und Monat gibt Deutschland weniger als 440 Euro für Wohnen und Existenzsicherung aus. Das ist für ein würdiges Leben ganz sicher zu wenig. Wir haben einen Drei-Punkte-Plan, um Hartz IV die schlimmsten Giftzähne zu ziehen. Wir wollen, dass der Regelsatz sofort auf 500 Euro angehoben und die Bedarfsgemeinschaftsregelung aufgehoben wird. Wir wollen zweitens die Sanktionen im Hartz-IV-System abschaffen. Und wir wollen drittens, dass die Wohnkosten überall nach dem tatsächlichen Bedarf übernommen werden.

DGB: Vorsicht bei den Mindestlohnplänen der Koalition

www.dgb.de, 27.2. Was sich Union und inzwischen sogar Teile der FDP als Lohnuntergrenze vorstellen können, hat mit einem flächendeckenden Mindestlohn per Gesetz nichts zu tun. Vor allem fehlt in den Koalitionsplänen eine klare Ansage, wie hoch ein Stundenlohn zwingend sein muss.

Vor anderthalb Jahren vermuteten wir, dass der Mindestlohn neue FreundInnen gefunden hätte. Im November 2011 hatte sich die CDU auf ihrem Parteitag in Leipzig dazu durchgerungen, eine verbindliche Lohnuntergrenze für Bereiche zu beschließen, in denen keine tariflichen Löhne gelten – ausgehandelt von Tarifpartnern, unterschieden

nach Branchen und Regionen. Das hat zwar wenig zu tun mit einem gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohn, der alle Löhne unter 8,50 Euro pro Stunde kassiert. Aber es wäre ein Anfang gewesen, um Dumpinglöhne zu bekämpfen.

Klare Aussage zur Höhe des Mindestlohns fehlt: Doch so groß war die Freundschaft mit dem Mindestlohn wohl nicht. Sonst hätte die Union nicht bis zum Bundestagswahlkampf 2013 gewartet, um das Thema verstärkt aufzugreifen, genauer gesagt: Darüber zu reden. Immerhin hat die große Koalition in Thüringen unter CDU-Ministerpräsidentin Lieberknecht bereits 2012 eine Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht, die eine einheitliche Lohnuntergrenze für ganz Deutschland fordert. Aber eine klare Ansage, wie hoch ein Stundenlohn zwingend sein muss, fehlt auch hier. Die Tarifpartner sollen es richten, heißt es immer wieder aus der Union. Oder: „Unser Koalitionspartner FDP blockiert alles“.

In 20 von 27 EU-Staaten gibt es einen gesetzlichen Mindestlohn – in vielen erfolgreichen Volkswirtschaften Westeuropas liegt er über 8,50 Euro pro Stunde.

So wurde der Mindestlohn links liegen gelassen, bis die Mehrheit im Bundesrat wechselte. Ein neuer Entwurf von Rot-Grün für eine weitere Bundesratsinitiative sieht einen gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohn von zunächst 8,50 Euro pro Stunde vor. Nun wird der Mindestlohn von ungeahnter Seite umworben: Sogar FDP-Fraktionschef Rainer Brüderle kann sich plötzlich vorstellen, dass sich die Liberalen noch vor der Bundestagswahl mit der Union auf Lohnuntergrenzen verständigen. Stellt sich die bange Frage: Auf welche? Für wen gelten sie? Wer handelt sie aus? Es sickert schon durch, dass es nur um einzelne Branchen gehen soll, um einen „Als-ob-Mindestlohn“.

Den Betroffenen hilft das Taktieren nicht. Zu den Fakten: Durch den gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro pro Stunde hätte laut Institut für Arbeit und Qualifikation (IAQ) jede/r fünfte Beschäftigte Anspruch auf eine Lohnerhöhung. Aber nicht nur Geringverdienende würden profitieren. Die öffentlichen Kassen müssten auch weniger Sozialleistungen zahlen.



Im Jahr 2011 hat das Forschungsinstitut Prognos AG berechnet, dass ein Mindestlohn den Staat um über sieben Milliarden Euro jährlich entlasten würde.

Druck machen im Wahljahr 2013: Zur Erinnerung: Der DGB setzt sich bereits seit 2006 für den Mindestlohn ein: Per Gesetz und flächendeckend. Damit vom Mindestlohn alle Beschäftigten – mit und ohne Tarifvertrag – profitieren. 20 von 27 EU-Staaten können es auch, viele sogar oberhalb von 8,50 Euro!

Syrien – der Konflikt wird eskaliert

Nach aktuellen Meldungen ist inzwischen etwa eine Million Menschen aus Syrien geflohen, der Großteil davon in die Nachbarländer, also die Türkei, Libanon und Jordanien. Im Lande rechnet man mit bis zu zwei Millionen Binnenvertriebenen. Die Anzahl der Toten erreicht die Hunderttausend. Eine Ermattung der Bürgerkriegsparteien zeichnet sich in den inzwischen schon ein ganzes Jahr andauernden Kämpfen nicht ab. In der vielstimmigen Opposition gibt es kaum Fürsprecher einer Verhandlungslösung. Der Ruf nach schweren Waffen wird immer lauter. Die Lieferkette Waffen – schwere Waffen – Ausbilder – Truppen ist vorgezeichnet. In diesem Spannungsfeld agieren die Patriot-Einheiten der Bundeswehr. Dementsprechend steigt die Nervosität. Unzufriedenheit mit dem Essen, der Unterkunft, der Hygiene sind seit jeher erlaubte Ventile soldatischer Irritation. Ziemlich beunruhigend sind Meldungen, wonach die türkische Armee eine Kommunikationsperre zu den Nato-Truppen eingerichtet hat. Sollte sich die türkische Armee einmarschbereit aufstellen, ist höchste Geheimhaltung militärisch logisch. Nach letzten Meldungen ist es zwischen irakischen Truppen und Einheiten des syrischen Regimes, die sich auf dem Gebiet des Iraks bewegt haben, zu Gefechten gekommen. Innerhalb von Bürgerkriegsparteien gibt es immer Kräfte, die bis zum letzten gehen wollen, aber genauso gibt es auch Interesse an einem Ausgleich. Wie könnte ein solcher Ausgleich aussehen? Die Sprach- und Kulturhürde von Mitteleuropa zu Mittelost ist hoch. Was in Syrien verhandelt wird, es ist kaum zu erahnen. Unklar ist aber auch, worauf die Politik der Türkei hinauslaufen soll und damit, in welchem Krieg mit welchem Ziel die Patriot-Einheiten der Bundeswehr engagiert sind. Es ist verständlich, dass die in ihrer Raketenstellung angepöckelten Soldaten ihre Ängste irgendwie loswerden müssen. Dass sich die bundesdeutsche Presse-Öffentlichkeit in dieser Sache auf die Frage konzentriert, ob die Toiletten sauber sind und wer sie zu putzen hätte, ist unter aller Kritik.

maf

„...dass wir auch heute ohne einander nicht auskommen...“

Von Renate Hennecke

Identität, ein Ding mit vielen Facetten. Eine dieser Facetten ist der Staat, die Stadt, in der man lebt. Wie wichtig diese Facette ist, stellt sich häufig erst heraus, wenn sie in Frage gestellt wird. So wie z.B. die Legitimität eines unabhängigen tschech(oslowak)ischen Staates seit dessen Gründung vor fast einem Jahrhundert (1918) von einer völkischen Bewegung in Frage gestellt wird, die sich selbst „Sudetendeutsche Volksgruppe“ nennt und in der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) ihre politische Vertretung sieht. Anfang März jedes Jahres begeht diese Bewegung ihren „Tag des Selbstbestimmungsrechts“ und verkündet, dass die Unabhängigkeit der Tschechoslowakei (von der österreichisch-ungarischen Donaumonarchie, der die Landesteile Böhmen, Mähren und Slowakei bis 1918 angehörten) auf Gewalt und Betrug, ihre Wiedererrichtung 1945 nach der Befreiung von der deutschen Besatzung auf Raub und Völkermord gegründet gewesen sei. Auch in diesem Jahr wird es Dutzende Veranstaltungen zu diesem Thema geben; eine davon findet am 9. März in München statt.

Wie sehr sich Tschechen in ihrer Identität angegriffen fühlen, wenn die Gründer und Verteidiger ihres Staates zu Verbrechern erklärt werden, zeigte Ende Januar der Wahlkampf um das Amt des Staatspräsidenten. Erstmals wurde das Staatsoberhaupt direkt von der Bevölkerung gewählt. In die Stichwahl kamen – mit einer Differenz von gerade mal 41.653 Stimmen – der konservative Adlige und derzeitige Außenminister Karel Schwarzenberg und der ehemalige Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei und Ex-Premier Miloš Zeman. Die Medien, überwiegend in deutschem Besitz, trommelten für Schwarzenberg, doch der manövrierte sich ins Abseits mit der Erklärung, jemand wie Edvard Beneš (Mitkämpfer und Nachfolger des Gründerpräsidenten Tomáš G. Masaryk, langjähriger Außenminister der Ersten Republik, Kopf der tschechoslowakischen Exilregierung in London während der Zeit der deutschen Besatzung und von 1946 bis 1948 erster Präsident der wiedererrichteten CSR) müsste sich heute wegen der Vertreibung der Sudetendeutschen vor dem Kriegsverbrechertribunal in Den Haag verantworten. Miloš Zeman darauf: Wer einen tschechoslowaki-

schen Präsidenten als Kriegsverbrecher bezeichne, spreche wie ein sudetendeutscher Funktionär. Nach einer hitzigen öffentlichen Debatte ging die Wahl mit rund 55 zu 45 Prozent zugunsten von Zeman aus.

Besuchsdiplomatie nach langer gespannter Funkstille

Am 20./21. Februar, vier Wochen nach der Wahl des Staatspräsidenten, kam der Ministerpräsident der Tschechischen Republik, Petr Necas, zu einem offiziellen Besuch nach München. Im bayerischen Landtag sprach er zur „Identität in der tschechisch-bayerischen Nachbarschaft im heutigen Europa“, ein Thema, das – so Necas – „heutzutage von besonderer Bedeutung ist“. Necas betonte die Gemeinsamkeiten zwischen Tschechen und Bayern, leitete ihre Herkunft von gemeinsamen keltischen Urahnen ab und erinnerte an zahlreiche Ereignisse aus der langen gemeinsamen Geschichte, in der die „Grenze, die später das gemeinsame Gebiet durchschnitt“, die meiste Zeit keine Trennlinie, sondern ein „Ort von gegenseitigen Begegnungen und Bereicherungen“ gewesen sei.

Es sei deutlich, so der tschechische Regierungschef, „dass wir auch heute auf dem Suchweg zur Findung der eigenen Identität ohne einander nicht auskommen“. Er kennzeichnete damit die Situation, in der sich sein Besuch abspielte. Eineinhalb Jahrzehnte hatte gespannte Funkstille zwischen Prag und München geherrscht. Die Regierung Stoiber hatte, im Einklang mit der Sudetendeutschen Landsmannschaft und ebenso hartnäckig wie vergeblich, von Tschechien Unterwerfungsgesten gefordert: Aufhebung der sog. Beneš-Dekrete von 1945/46, soweit sie die Aussiedelung von Sudetendeutschen betrafen, Entschuldigung für die Vertreibung der meisten deutschstämmigen Einwohner der Tschechoslowakei und Anerkennung der SL-Führung als direkte Verhandlungspartnerin über eine angeblich noch offene „sudetendeutsche Frage“. Der Versuch, die Aufhebung der Beneš-Dekrete zur Bedingung für den EU-Beitritt der Tschechischen Republik zu machen, scheiterte 2004 – die bayerischen Europaparlamentarier enthielten sich deshalb der Stimme bei der Abstimmung über den Beitritt. Noch Jahre später versprach Stoiber auf Sudetendeutschen Pfingsttreffen, er werde nur als Moderator direkter Gespräche zwischen

der tschechischen Regierung und der SL-Führung nach Prag reisen – oder gar nicht.

Kurz vor dem Ende seiner Amtszeit merkte Stoiber, dass er sich in eine Sackgasse manövriert hatte. Sein Bestehen auf Forderungen, die die tschechische Identität als souveräne Nation in Frage stellten, verhinderte die Normalisierung der nachbarschaftlichen Beziehungen. Darunter litten die grenzüberschreitenden Handelsbeziehungen sowie die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung der Grenzregionen beider Länder.

Stoibers plötzlicher Wunsch, nach Prag eingeladen zu werden, stieß dort auf höfliches Desinteresse. Erstens ging Stoibers Amtszeit (1993–2007) zu Ende, und zweitens war man in Prag nicht bereit, einfach zur Tagesordnung überzugehen. Es folgte eine Zeit der Vorbereitungen: In Ustí nad Labem (früher: Aussig an der Elbe) wurde ein Museum für die Geschichte der Deutschen in Böhmen gegründet. Unter dem Titel „Vergessene Helden“ wurden die Biografien deutsch-böhmischer Antifaschisten erforscht. Eine Ausstellung zu diesem Thema wurde sowohl in Tschechien als auch in Deutschland gezeigt und rief ins Bewusstsein, dass es in diesem Bereich geeignete Anknüpfungspunkte für eine Annäherung gibt. Es folgte eine Reihe von Ortsterminen bayerischer Minister/innen und führender SL-Funktionär/inn/en, z.B. in den Gedenkstätten des ehemaligen Konzentrationslagers Theresienstadt und des Ortes Lidice, der 1942 als Rache für das Attentat auf Reinhard Heydrich dem Erdboden gleichgemacht wurde.

Die Bedeutung der Besuche in den Gedenkstätten unterstrich Necas in seiner Rede vor dem Landtag: „Die von den Vertretern des demokratischen Deutschlands geäußerten Entschuldigungen an alle Völker für das ihnen vom Nationalsozialismus zugefügte Leid ... öffnet die Tür zu einem neuen Zusammenleben und zur sachlichen Diskussion über die Vergangenheit und ihre Interpretation.“

Ein Schritt zur Normalisierung

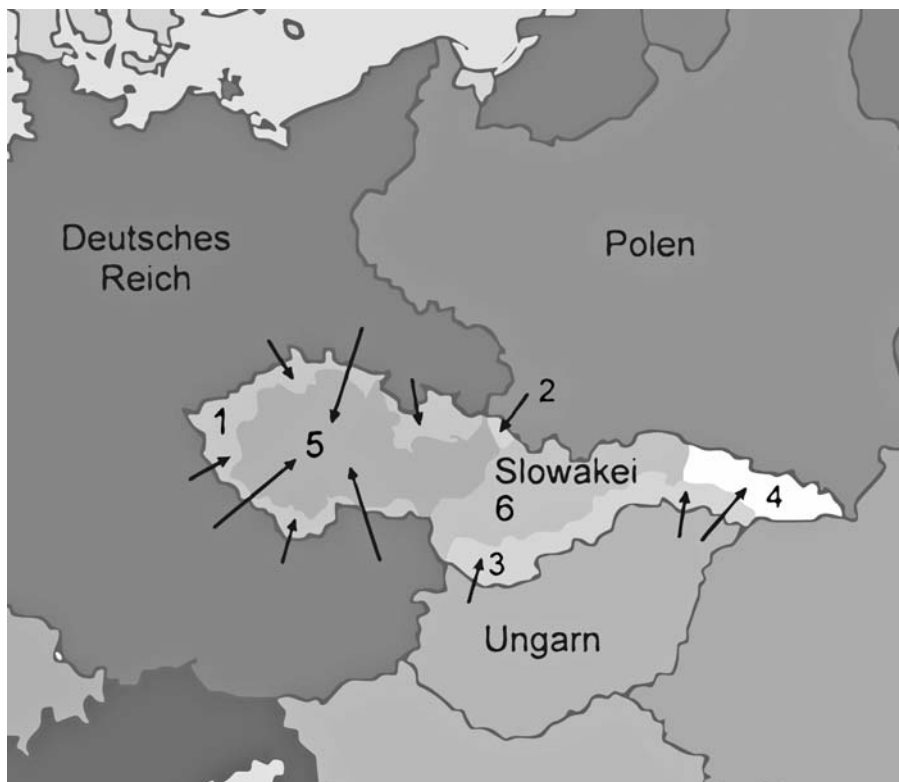
Im Dezember 2010 reiste Horst Seehofer als erster bayerischer Ministerpräsident nach 1945 nach Prag. Seine zweite Reise im November 2011 führte auch ihn nach Theresienstadt und Lidice; auch auf der Brücke von Aussig legte er zum Gedenken an Sudetendeutsche,

die 1945 an dieser Stelle getötet wurden, einen Kranz nieder, allerdings außerhalb des offiziellen Programms.

Nun also der Gegenbesuch von Petr Necas. Das Programm begann am 20.2. mit einem Vier-Augen-Gespräch zwischen Seehofer und Necas und einem gemeinsamen Besuch in der KZ-Gedenkstätte Dachau, wo der aus Mähren stammende ehemalige Häftling Max Mannheimer sie begleitete. Bei der Kranzniederlegung am internationalen Mahnmal und an den Tafeln für die Häftlinge aus der Tschechoslowakei gedachte der tschechische Ministerpräsident ausdrücklich der tschechischen und der sudetendeutschen Opfer des NS-Terrors. Am zweiten Tag folgten die Rede im Landtag und ein Empfang der Landtagspräsidentin Barbara Stamm. Anschließend fuhr man in das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt in Weßling. Dort befindet sich das Kontrollzentrum des europäischen Satellitennavigationssystems Galileo, das seinen Hauptsitz in Prag hat.

Der Besuch wurde als großer Durchbruch der Versöhnung gefeiert, und zweifellos war er ein guter Schritt auf dem Weg der Normalisierung. Dennoch sollten einige Punkte nicht unter den Tisch fallen:

Der Durchbruch bestand nicht darin, dass Necas sich den Forderungen der Sudetendeutschen Landsmannschaft gebeugt hätte. Die Überschrift der „Süddeutschen Zeitung“ vom 22. Februar „Necas entschuldigt sich für Vertreibung“ ist falsch. In seiner Rede sagte Necas: „Wir bedauern, dass durch die nach dem Kriegsende erfolgte Vertreibung sowie zwangsweise Aussiedlung der Sudetendeutschen aus der damaligen Tschechoslowakei, die Enteignung und Ausbürgerung unschuldigen Menschen viel Leid und Unrecht zugefügt wurde.“ Er wiederholte damit den Wortlaut der Deutsch-Tschechischen Erklärung von 1997, die damals auf wütenden Protest der SL und der bayerischen Staatsregierung als deren Schirmherrin gestoßen war, weil darin eben nicht die Vertreibung selbst, sondern manche von deren Folgen bedauert wurden. Auch die Passage der Erklärung, dass „beide Seiten ... ihre Beziehungen nicht mit aus der Vergangenheit herrührenden politischen und rechtlichen Fragen belasten“ und ihre unterschiedlichen Rechtsauffassungen gegenseitig respektieren wollten, wurde heftig kritisiert. Denn Kanzler Kohl hatte damit unterschrieben, dass sich die Bundesregierung die aus Bayern tönenden Entschädigungsforderungen gegenüber Prag nicht zu eigen machen werde. Nun also ausführliche Bezüge auf die Erklärung von 1997 durch Necas – und die Zuhörer im bayerischen Landtag klatschten begeistert Beifall und erhoben sich zu Standing



Karte aus Wikipedia zum Ablauf nach dem Münchner Abkommen:

1. Sudetendeutsche Gebiete werden dem Deutschen Reich angegliedert (Münchner Abkommen 30. September, Eingliederung 1. und 2. Oktober 1938)
2. Polen besetzt Gebiete in Teschen (2. Oktober 1938).
3. Ungarn besetzt Grenzgebiete teils ungarischer Ethnie (2. November 1938) sowie auch
4. die ruthenischsprachige Karpatoukraine (15. März 1939).
5. Am 15. März 1939 wird die „Rest-Tschechei“ von Deutschland faktisch annektiert und zum Protektorat Böhmen und Mähren erklärt.
6. Von der Tschechoslowakei bleibt nur der Satellitenstaat Slowakei.

Ovations. Unter ihnen waren auch die Spitzen der Landsmannschaft sowie die Vorsitzenden der sozialdemokratischen und der katholischen Gesinnungsgemeinschaft in der SL. Nur die „nationale Gesinnungsgemeinschaft“ Witikobund war nicht vertreten, deren Aktivisten tummelten sich wohl eher bei mehreren angekündigten Mahnwachen und Protestveranstaltungen draußen.

München weiterhin negatives Symbol – wie lange noch?

Dass nicht plötzlich Friede, Freude, Eierkuchen zwischen den Nachbarn angesagt ist, deutete Necas in einem Satz über die Ergebnisse der ersten Prag-Reise von Horst Seehofer im Jahr 2010 an. Nach ihrem Treffen hätten sie beide das wesentliche Interesse beider Länder an einer allseitigen Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen kundgetan, „die die gemeinsamen Wurzeln und die geteilten Werte respektiert“.

Zu den Gegenständen geteilter Meinungen gehört noch immer das Münchner Abkommen. Necas formulierte es nicht als Forderung, aber er machte deutlich, dass es die Beziehungen erheblich verbessern würde, könnte sich die deutsche Seite dazu durchringen, diesen Streitpunkt endlich aus der Welt zu schaffen. Die Stadt München, so sein

Hinweis, sei für die meisten Tschechen bis heute das Symbol der Zerschlagung ihres Staates, die Stadt, in der „im September 1938 das Abkommen unterzeichnet wurde, das nicht nur für uns als der Beginn der Regierung des Terrors und der Gewalt galt“.

Die Stadt München verzichtete auf eine Begegnung mit dem hohen Gast, auf einen Empfang im Rathaus, einen Eintrag ins Goldene Buch. Oder verzichtete der Gast? Im Rathaustror wäre er von einer Tafel begrüßt worden, auf der – in Stein gehauen – die Behauptung vom „Unrecht der Vertreibung“ zu lesen ist. Vom Unrecht des Münchner Abkommens ist im Münchner Rathaus nirgendwo etwas zu lesen. Außer der Stadtratsgruppe der Linken, die vor Jahren schon – damals noch als „offene Liste der PDS“ eine Initiative „München gegen das Münchner Diktat“ unterstützte, findet offenbar niemand etwas auszusetzen an der offiziellen Regierungsposition. Die besagt, dass das Münchner Abkommen – in Tschechien wird es das Münchner Diktat genannt – rechtmäßig zustande kam und somit zunächst gültiges Völkerrecht gewesen sei. Erst durch den Einmarsch deutscher Truppen in das nach der Annektion des sog. Sudetenlandes noch übrig gebliebene Territorium sei im März 1939 das Abkommen von Hitler zer-

rissen und damit ungültig geworden. Auf tschechischer Seite kann man sich damit nicht einverstanden erklären. Kann denn eine unter Kriegsandrohung und ohne Beteiligung des betroffenen Staates (durch Übereinkunft von Vertretern Deutschlands, Italiens, Großbritanniens und Frankreichs) getroffene Vereinbarung über den Raub eines Drittels des Staatsterritoriums, eines Großteils der Bodenschätze und Produktionsanlagen und der gesamten Verteidigungsanlagen eines souveränen Landes als rechtmäßig zustande gekommenes Abkommen anerkannt werden? In den Verträgen zwischen der BRD (alt) und der sozialistischen Tschechoslowakei (1972) und zwischen der BRD (neu) und der Tschechischen Republik (1993) wurde eine gewundene Formel gefunden, die besagt, wir wollen zurzeit nicht darüber reden. Aber das ungelöste Problem belastet weiterhin die Beziehungen – München ist immer noch das Symbol des Diktats.



Unterzeichner des Münchner Abkommens: Chamberlain (GB), Daladier (F), Hitler (D) und Mussolini (I) (von links nach rechts).

Von der Bundesregierung ist zu diesem Thema keine eigene Initiative zu erwarten. Die Stadt München und der Freistaat Bayern müssten dagegen ein großes Interesse daran haben, die Identifikation mit dem unseligen Ereignis loszuwerden, das in der Nacht vom 29. auf den 30. September 1938 im damaligen Führerbau am Königsplatz, der heutigen Musikhochschule, stattfand. Der bevorstehende 75. Jahrestag wäre ein guter Anlass, auf die tschechischen Nachbarn zuzugehen und von München aus die Ungültigkeit des Münchner Abkommens *von Anfang an* zu erklären. Das wäre wirklich ein historischer Durchbruch, der auch der Bundesregierung eine Änderung ihrer Position erleichtern würde. Das rot-grün regierte Rathaus könnte hier eine Vorreiterrolle spielen. Bei seinem nächsten Besuch – Seehofer und Necas haben mehrere gemeinsame Projekte sowie regelmäßige Treffen vereinbart – bräuchte dann die Stadt den tschechischen Gast nicht mehr in so auffälliger Weise zu ignorieren.

Renate Hennecke ist Vorstandsmitglied des Landesverbandes Bayern der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA)

Hamburg. Wann und wie detailliert muss die Exekutive auf Fragen von Abgeordneten antworten?

Kontrollrechte vs. Geheimhaltung aus Prinzip

Bei der Kontrolle der Ausübung der Gewalt ist das Fragerecht eines der wichtigsten Mittel der Informationsbeschaffung der einzelnen Abgeordneten. Erst recht gilt das für Abgeordnete der Opposition, die, anders als die Regierungsmehrheit, vom Informationsfluss aus dem Regierungsapparat abgeschnitten sind und auf die Beantwortung ihrer gezielten Fragen angewiesen sind. Deshalb ist die Antwortpflicht des Senats in der Hamburger Verfassung festgeschrieben. Zwar unterliegt diese Antwortpflicht Grenzen, z.B. wenn Fragen Umstände betreffen, die aus Gründen des Wohls des Bundes oder eines Landes, also aus Gründen des sogenannten Staatswohls geheimhaltungsbedürftig sind. Aber auch in solchen Fällen muss die Exekutive, sofern die Geheimhaltungsbedürftigkeit nicht auf der Hand liegt, die Gründe darlegen, aus denen sie die Auskunft verweigert.

Seit Jahr und Tag verweigert mir der Senat mit Verweis auf das Staatswohl fast regelmäßig die Antwort auf Fragen, die den Haushalt des Verfassungsschutzes betreffen. In keinem einzigen Fall hat er das auch nur annähernd zu begründen versucht. Warum ist das Staatswohl gefährdet, wenn er z.B. Antwort auf die Frage gäbe: „Wie verteilen sich grob die Kosten sowie die Stellen auf die ‚Beobachtungsfelder‘, die im Verfassungsschutzbericht aufgeführt sind“? Diese Frage hatte ich in den Beratungen zum Doppelhaushalt 2011/2012 gestellt, vor allem um in Erfahrung zu bringen, welche Aufmerksamkeit das Landesamt für Verfassungsschutz dem Bereich „Rechtsextremismus“ widmet. Aus genau diesem Grund hat er wahrscheinlich auch nicht geantwortet.

Vor den Beratungen zum Doppelhaushalt 2013/2014 hatte ich mich vergewissert, welche Angaben andere Landesregierungen zum Haushalt ihrer Verfassungsschutzämter machen. Während Hamburg sich auf ganz wenig allgemeine Auskünfte wie „Kosten aus Verwaltungstätigkeit“ und „Personalkosten“ beschränkt, macht das Thüringer Innenministerium weitaus detailliertere Angaben. Zum Beispiel verplant man dort jährlich 541.200 Euro „für Zwecke des Verfassungsschutzes“, also für V-Mann-Honorare, Herstellung von Materialien für Tarnidentitäten, Auslagen für Observationen und ähnliches mehr. Der Haushalt des Hamburger Verfassungsschutzes ist knapp doppelt so groß wie der des Thüringischen Landesamtes, pro Kopf der Bevölkerung sogar weit mehr als doppelt so groß (2010: 6,74 gegenüber

2,75 Euro). Wie viel also gibt Hamburg für die geheimdienstlichen „Zwecke des Verfassungsschutzes“ aus? Darauf antwortete der Senat ebenso wenig wie auf acht weitere Fragen, mit denen ich Thüringer Haushaltsposten mit entsprechenden Ausgaben des Hamburger Landesamts vergleichen wollte. In keinem einzigen Fall begründete er, warum das Staatswohl gefährdet sei und wodurch sich das Staatswohl in Hamburg vom Staatswohl in Thüringen unterscheidet.

Der Senat meint, er schulde eine Antwort auf Fragen zur Ausstattung des Verfassungsschutzes nur dem Parlamentarischen Kontrollausschuss (PKA). Damit ignoriert er die Rechtsprechung: Demnach ersetzt die Information des PKA die Antwort auf Fragen einzelner Abgeordneter eben nicht. Hinzu kommt, dass die Linke im PKA nicht vertreten ist. Zwar führte unsere hartnäckige Kritik 2012 zu einer Novellierung des Verfassungsschutzgesetzes: Zum einen wurde endlich der jahrelange rechtswidrige Zustand beendet, dass der PKA den VS-Haushalt zwar zur Kenntnis nehmen durfte, aber nicht über ihn beschließen konnte. Zum anderen wurde der PKA, dem bis dahin weder die FDP noch die Linke angehörten, vergrößert. Jedoch hatten SPD und FDP sich darauf verständigt, dass die Vergrößerung so bemessen wird, dass die Linke ausgeschlossen bleibt.

Seit 2001 hat der Verfassungsschutz ständig mehr Befugnisse, Aufgaben und Finanzmittel erhalten. Nicht zuletzt wegen seiner mehr als problematischen Rolle bei der Überwachung neonazistischer gewalttätiger Vereinigung kommt seiner parlamentarischen Kontrolle gesteigerte Bedeutung zu. Sein Versuch, sich dieser Kontrolle immer wieder und so weit wie möglich zu entziehen, ist inakzeptabel.

Aufgrund der wiederholten Verletzung meiner Abgeordnetenrechte habe ich mich zur Organklage beim Hamburgischen Verfassungsgericht entschlossen, nachdem alle anderen Versuche gescheitert waren. Schon 2011 hatte ich mich bei der Präsidentin der Bürgerschaft beschwert. Die daraufhin verfasste Stellungnahme des Justiziariats der Bürgerschaft, die mich in meiner Auffassung bestätigte, wurde vom Senat bzw. dem Landesamt für Verfassungsschutz jedoch ignoriert. Dann muss eben das Verfassungsgericht die Verfassung vor dem Verfassungsschutz schützen.

Christiane Schneider

Die Klagschrift kann bei christiane.schneider@linksfraktion.hamburg.de angefordert werden.

Kein eindeutiges Ergebnis

Von Birgit Daiber und Ginostra di Lipari

Die Wahlen in Italien haben kein eindeutiges Ergebnis gebracht. Entweder müssen Neuwahlen ausgeschrieben werden, oder aber es wird – wie so oft – lange dauern, bis eine Regierung gebildet werden kann. Denkbar ist aber auch die Bildung einer Interimsregierung, deren einzige Aufgabe eine Reform des wirklich sehr komplizierten Wahlverfahrens ist (eine Mischung aus Verhältnis- und Mehrheitswahl im Abgeordnetenhaus, die Regionalisierung der Wahlen für den Senat).

Die Wahlbeteiligung mit 74 Prozent lag etwas niedriger als bei den letzten Wahlen 2008. Die nicht-sozialdemokratische Linke ging gespalten in die Wahl. Das Mitte-Links-Bündnis aus Partito Democratico (PD), die aus der kommunistischen Partei hervorgegangen ist), Sinistra, Ecologia, Libertà (SEL) von Nichi Vendola, die sich nach der Spaltung der Rifondazione Comunista 2008 gründete und anderen kleinen Formationen hat im Abgeordnetenhaus eine leichte Mehrheit gewonnen. Allerdings erhielt die SEL allein im Abgeordnetenhaus lediglich 3,20 Prozent der Stimmen und im Senat nur 2,97 Prozent.

Die im vergangenen Herbst neu entstandene Formation Rivoluzione Civile um den Anti-Mafia-Staatsanwalt Antonio Ingroia, zu der sich auch Rifondazione Comunista zählte, hatte mit 2,24 Prozent der Stimmen weder im Abgeordnetenhaus noch mit 1,79 Prozent im Senat keinen Erfolg.

In die Bedeutungslosigkeit geschickt wurden auch die „alten“ Führungskräfte Fini, Buttiglione und di Pietro, der vor einem Finanzskandal im vergangenen Herbst mit seiner Partei Italia dei Valori immerhin in den Prognosen noch bis zu 10 Prozent erreichte.

Im Senat (der gleichberechtigt ist) hat das Mitte-Rechts-Wahlbündnis um Berlusconi (zusammen mit der Lega Nord) eine leichte Mehrheit. Mario Monti hat mit seiner neuen konservativen Partei in beiden Kammern ca. 9 Prozent gewonnen und kann damit die Erwartungen, die die Austeritätspolitik in der EU in ihn setzten, nicht erfüllen.

Eigentlicher Sieger der Wahlen aber ist ohne Zweifel die Bewegung Movimento Cinque Stelle des Komikers Beppe Grillo, die stärkste Einzelpartei im Abgeordnetenhaus wurde.

Die vorläufige Sitzverteilung am Morgen nach der Wahl sieht folgendermaßen aus:

Abgeordnetenhaus

Mitte-Links (inklusive des automatischen Aufschlags für den Einzelsieger)	340 Sitze
Mitte-Rechts	124 Sitze
Grillini	108 Sitze
(stärkstes Einzelergebnis)	
Monti	45 Sitze
Senat	
Mitte-Rechts	116 Sitze
Mitte-Links	113 Sitze
Grillini	54 Sitze
Monti	18 Sitze

Das sehr komplizierte Wahlverfahren und die gesellschaftliche Situation im Krisenland Italien sind sicherlich Elemente, die zu diesem Wahlausgang geführt haben. Von größerer politischer Bedeutung ist aber der Überdruß der Italiener an ihrer traditionellen Politikerklasse, die zu dem Erfolg der Protestbewegung des Komikers Beppe Grillo geführt hat. Diese Bewegung ist in keines der traditionellen politischen Lager einzuordnen – bis jetzt. Sie hat aber durchaus Berührungspunkte mit dem Mitte-Links-Lager.

Überraschend ist die immer noch starke Anziehungskraft Silvio Berlusconi und der Lega Nord. Wenn es um Überdruß an Korruption und Selbstbedienung der Politikerklasse geht, dann stehen diese beiden Parteien im Zentrum des Geschehens. Demgegenüber haben es alle politischen Formationen schwer, eine an Vernunft- und demokratischen Transparenzkriterien orientierte Politik propagieren.

Es ist aber auch eindeutig, dass eine linke Alternative nicht in Sicht ist. Weder die sozialdemokratische noch die radikale Linke haben noch eine breite Basis weder in der Arbeiterklasse noch darüber hinaus. Sie schaffen es auch nicht, einen neuen Wertekontext in die italienische Politik einzubringen.

Der Partito Democratico, der eine moderate Sparpolitik verbunden mit sozialen Garantien propagierte, war damit nicht wirklich erfolgreich. Das Problem des Partito Democratico besteht darin, dass die Partei eigentlich aus zwei Parteien besteht: einer mehr linken und einer mehr rechten. Der linke Teil will nun zusammen mit der SEL eine Kooperation mit den Grillini aufbauen, der rechte Teil möchte lieber mit Monti zusammenarbeiten. Es wird spannend sein, welcher Flügel der Partei sich in den anstehenden Verhandlungen zur Bildung einer stabilen Regierungsmehrheit durchsetzen wird.

Die Rifondazione Comunista hat es seit der historischen Niederlage bei den Wahlen 2008 nicht geschafft, ein

Elektorat aufzubauen – und dies in einer gesellschaftlichen Situation, in der die links orientierten außerparlamentarischen Bewegungen stark sind und sich die Gewerkschaften in einem permanenten Abwehrkampf gegen den Sozialabbau befinden. Diese Bewegungen haben nach wie vor keine authentische parlamentarische Repräsentanz, auch wenn ein Teil sicherlich aus strategischen Gründen das Mitte-Links-Bündnis gewählt hat – hier aber eher PD als Rifondazione.

Ein Blick in die neuere Geschichte der italienischen radikalen Linken kann vielleicht etwas zur Erhellung dieser Situation beitragen: Die Spaltung der radikalen Linken begann 2008 beim Parteikongress nach der Wahlniederlage der Rifondazione: die Gruppierung um Nichi Vendola gründete eine neue Partei, die Sinistra, Ecologia, Libertà. Nichi Vendola war einige Zeit auch der Star bei Kongressen der außerparlamentarischen Bewegungen und er schaffte die Wiederwahl als Regierungspräsident in Apulien.

Rifondazione führte dagegen eher ein Schattendasein. Vendola steuerte sehr früh das Bündnis mit PD an und bewarb sich sogar als Spitzenkandidat für die jetzigen Wahlen. (Er erreichte in den offenen Wahlen für die Spitzenkandidatur immerhin 15% der Stimmen).

Für das Wahlbündnis mit PD musste SEL allerdings im Herbst eine Erklärung unterschreiben, in der sie sich unter anderem dazu verpflichteten, im Falle einer Regierungsbeteiligung alle internationalen und europäischen Verpflichtungen zu erfüllen.

Infolge dieser Unterwerfung der SEL unter die Bedingungen des Partito Democratico und der sich abzeichnende enorme Erfolg der Grillini führte dazu, dass viele der Gründungsmitglieder der SEL die Partei wieder verließen und versuchten, auf die Schnelle eine eigene Formation aufzubauen – auch durch Annäherung an die „alte“ Rifondazione Comunista. Dies mündete in dem Bündnis Rivoluzione Civile um den Anti-Mafia-Staatsanwalt Antonio Ingroia. Dieses Bündnis hat aber keineswegs linksradikale Positionen vertreten, sondern im Wesentlichen moderate Forderungen für Transparenz und Demokratie, gegen Korruption und Mafia propagierte und sich gegen das Mittel-Links-Bündnis aussprach.

Rifondazione Comunista ist mit dieser eindeutigen Niederlage kaum noch als eigenständige Partei sichtbar, während SEL weiterhin im öffentlichen Leben Italiens präsent ist.

Konvention für Frankreich: Keine Rettung für französisches Goodyear-Werk?

Auf der Suche nach einem Investor für eine vor der Schließung stehende Goodyear-Reifenfabrik in Amiens hat sich die französische Regierung eine derbe Abfuhr geholt. Nach mehreren Besuchen des Werks schrieb der Chef des US-amerikanischen Unternehmens Titan, Maurice M. Taylor, einen Brief an Industrieminister Arnaud Montebourg, der vor Kritik an Standort und Mitarbeitern nur so strotzt. „Die französischen Beschäftigten bekommen hohe Gehälter, aber sie arbeiten lediglich drei Stunden“, steht dort zu lesen. „Ich habe ihnen das gesagt, sie antworteten, dass sei der französische Weg. Denken Sie, wir sind so dumm?“, heißt es dort in Bezug auf das Übernahmeangebot. Mickael Wamen von der Gewerkschaft CGT im Goodyear-Werk in Amiens kommentierte den Brief mit den Worten, Taylor behaupte, die Beschäftigten verdienten ein Vermögen. Man arbeite allerdings im Schichtdienst und erhalte dafür 1500 Euro im Monat. Für ihn sei das kein Vermögen. Der US-Reifenhersteller Goodyear hatte Ende Januar die Schließung des Werks mit knapp 1200 Mitarbeitern angekündigt. Die Unternehmensführung macht die Gewerkschaften für das Scheitern von Sanierungsplänen verantwortlich. Titan-Chef Taylor warnte davor, dass bald chinesische Reifenhersteller Frankreich und Europa mit ihren Produkten überschwemmen würden. Das werde dann wohl auch der französische Produzent Michelin zu spüren bekommen. Nachdem Titan International als möglicher Investor in Amiens abgesprungen ist, wird die Schließung des Goodyear-Werkes immer wahrscheinlicher. Die Gewerkschaften kündigten einen Streik gegen die Schließungspläne an. Insgesamt beschäftigt der Reifenhersteller nach eigenen Angaben weltweit rund 71 000 Mitarbeiter.

Quelle: <http://de.euronews.com> 12./20.2.2013

Schweiz: Protest gegen Sonntagsarbeit

Die Wirtschaftskommission des Nationalrats hat beschlossen, Sonntagsarbeit im Detailhandel massiv auszubauen. Die Sonntagsallianz (der Gruppierungen aus dem kirchlichen, gewerkschaftlichen und politischem Bereich angehören) kritisiert diesen Entscheid scharf: Er höhlt den Arbeitnehmerschutz aus, ist gesellschaftspolitisch bedenklich und undemokratisch. Die Sonntagsallianz fordert den Nationalrat auf, diesen fatalen Entscheid zu korrigieren und die Vorlage abzulehnen. Die Motion des Tessiner FDP-Politikers Fabio Abate will den



Sonntagsverkauf unter dem Deckmäntelchen der „Tourismusförderung“ in großen Wirtschaftsräumen zulassen. Damit würde der Sonntagsverkauf mit einem Schlag praktisch in der ganzen Schweiz bewilligungsfrei möglich. Besonders brisant: Diese gravierende Neuerung kann per Verordnung durch die Hintertür eingeführt werden, ohne dass das Volk etwas zu sagen hat. Weil der gemeinsame, arbeitsfreie Sonntag eine wichtige soziale und gesellschaftliche Funktion hat, unterliegt Sonntagsarbeit im Arbeitsgesetz sehr strengen Einschränkungen. Seit einigen Jahren wächst jedoch der Druck auf den arbeitsfreien Sonntag. War Arbeit am Sonntag lange nur dort erlaubt, wo sie zwingend notwendig war, zum Beispiel im Gesundheitswesen, so soll sie nun schrittweise auch in anderen Branchen liberalisiert werden. Die 24-Stunden-Arbeitsgesellschaft ist die Folge. Das Geschäft geht nun in den Nationalrat. Die Sonntagsallianz fordert das Parlament auf, das Verbot der Sonntagsarbeit im Arbeitsgesetz als wichtige Errungenschaft zum Wohl der betroffenen Beschäftigten, aber auch der ganzen Gesellschaft, zu respektieren.

Quelle: <http://www.syna.ch> (Allbranchengewerkschaft der Schweiz)

Italien: Hausangestellte Konvention ratifiziert

Die Hausangestellten-Arbeiter-Konvention der ILO von 2011 beinhaltet die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen von zehn Millionen Hausangestellten weltweit. Italien ist das vierte ILO-Mitglied und der erste EU-Mitgliedstaat, welches das Abkommen ratifiziert hat. Das Land ist unter den drei größten Arbeitgebern von inländischen Hausangestellten in Europa, 88% dieser Beschäftigten sind Frauen.

Quelle: <http://www.ilo.org>, Januar 2013

Lehrerstreik in Tunesien

„Ein nationaler Streik der Sekundarschullehrer hat am 22. und 23. Januar in weiten Teilen Tunesiens zum Unterrichtsausfall an Schulen geführt“, berichtet die GEW auf ihrer Netzseite.

Grund des Streiks sei die Enttäuschung, dass sich die Lebensbedingungen der Lehrer seit der Revolution nicht verbessert haben. Arbeitszeitverkürzungen und die Einstellung weiterer Lehrkräfte an den Schulen ist die Forderung der Lehrergewerkschaft Syn-

dicat général de l'enseignement secondaire (SGES). Über 90% der Lehrkräfte folgten dem Aufruf zum zweitägigen Streik, berichtete die Lehrergewerkschaft. Unter anderem demonstrierten Lehrerinnen und Lehrer vor dem Sitz des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport in der Hauptstadt Tunis. Weiter schreibt die GEW in ihrem Bericht: „Die tunesischen Lehrkräfte sind nicht nur verärgert über die schlechten Arbeitsbedingungen, sondern auch darüber, dass sie immer noch nach den Lehrplänen des langjährigen Diktators Ben Ali unterrichten müssen, der vor zwei Jahren gestürzt wurde. In Tunesien nahm der arabische Frühling im Januar 2011 seinen Anfang. Umso mehr empört es Lassaad Yakoubi, dass streikende Lehrer immer noch polizeilich bespitzelt und eingeschüchtert werden. „Wir protestieren dagegen, dass Mitglieder unserer Gewerkschaft von der Staatssicherheit überwacht werden. Wir haben Informationen, dass die politische Polizei vom Direktor des Sport-Gymnasiums in El Menzah eine Liste der Namen aller streikenden Lehrerinnen und Lehrer gefordert hat.“

Quelle: <http://www.gew.de>

Bangladesch: Kampagne für Saubere Kleidung übergab C&A über 8000 Protestunterschriften

Das Unternehmen C&A soll Verantwortung für die Produktion seiner Textilien übernehmen. Nachdruck verleihen dieser Forderung 8000 Protestunterschriften, die der Firmenleitung in Düsseldorf am 25. Februar übergeben wurden. Das geschah in einer gemeinsamen Aktion der Kampagne für Saubere Kleidung (CCC), Verdi und der Evangelischen Kirche von Westfalen. Die Unterschriften wurden sowohl bei Mahnwachen vor C&A-Filialen als auch elektronisch gesammelt. Am 24. November letzten Jahres waren in der Fabrik Tazreen in Bangladesch, die für C&A produziert hat, 112 Menschen verbrannt und über 200 zum Teil schwer verletzt worden. Seit 2005 sind mehr als 700 Beschäftigte vor allem durch Brände in Fabriken der Bekleidungsindustrie umgekommen. Kirchen, Gewerkschaften und Initiativen kritisieren seit langem die unmenschlichen Arbeitsbedingungen der Textilindustrie in Asien. „Das Sterben in den Fabriken von Bangla-



desch muss eine Ende haben“, fordert Gisela Burckhardt vom Verein „Feministische Perspektiven auf Wirtschaft, Politik und Gesellschaft“ (FEMNET), Mitglied bei der CCC. Sie appelliert an C&A, einem internationalen Brandschutzabkommen beizutreten, das lokale Gewerkschaften und Arbeitsrechtsorganisationen in Bangladesch erarbeitet haben. „Immer wieder gibt es aufgrund viel zu geringer Sicherheitsmaßnahmen furchtbare Brände in den Fabriken. Deshalb ist es dringend notwendig, das Brandrisiko endlich branchenweit ernsthaft zu bekämpfen“, betont Burckhardt. Dem Brandschutzabkommen sind bisher der US-Konzern PVH mit den Marken Calvin Klein und Tommy Hilfiger sowie das Unternehmen Tchibo beigetreten. Das Abkommen wird jedoch erst wirksam, wenn sich mindestens zwei weitere internationale Unternehmen daran beteiligen. Wesentliche Bestandteile dieses Brandschutzabkommens sind die Einrichtung von betrieblichen Arbeitsschutzkomitees, die Zulassung unabhängiger Inspektoren sowie umfassende Transparenz zur Brandvermeidung. „Die Textilunternehmen dürfen nicht weiter über Leichen gehen“, unterstreicht Johann Rösch, Textilexperte von Verdi. „C&A sowie die anderen Unternehmen im Textileinzelhandel tragen Verantwortung für die Herstellung ihrer Produkte.“ Das Unternehmen C&A hat sich bislang nicht mit den lokalen Gewerkschaften vor Ort an einen Tisch gesetzt, um die Entschädigungszahlungen für Todesopfer und Verletzte der Tazreen Fabrik auszuhandeln. „Es kann nicht sein, dass sich C&A nur mit den Unternehmensverbänden bespricht, ohne die Betroffenen überhaupt zu befragen“, so Rösch.

Quelle: <http://www.verdi.de>

Indien: Landesweite Solidaritätsaktionen mit Maruti-Suzuki Arbeitern

In 19 Bundesstaaten Indiens wurde am 5.2. zu Solidaritätsaktionen mit der Gewerkschaft der Maruti-Suzuki Arbeiter aufgerufen – der Kampf für die Freilassung der rund 150 seit Juli 2012 festgenommenen Arbeiter und die Wiedereinstellung aller Entlassenen findet inzwischen ein wachsendes Echo über die Gewerkschaftsbewegung hinaus. Laut ersten Berichten sollen sehr viel mehr Gewerkschafter als bisher bei einzelnen Aktionen teilgenommen haben, auch sehr viele Menschen aus demokratischen Organisationen. Mehr als 20 Gewerkschaften beteiligten sich an Demonstrationen in Jantar Mantar (Hauptstadt des im Westen Indiens gelegenen Bundesstaates Rajasthan). Die Gewerkschaften übermittelten eine Erklärung an den Premierminister Manmohan Singh und den Regierungschef des Ministeriums der



Provinz Haryana mit der Aufforderung, die Arbeiter freizulassen. Am 18. Juli 2012 kam es zu Unruhen im Mansear-Werk von Maruti-Suzuki, als ein leitender Angestellter getötet wurde. Später entließ die Firma 500 Arbeiter. Die Polizei verhaftete 149 von ihnen, einschließlich des Vertreters der Maruti Suzuki Workers Union (MSWU), wegen ihrer angeblichen Beteiligung an den Unruhen. Der Vertreter der Indischen Vereinigung der Gewerkschaften, Mrigank, hob die politische Bedeutung des Streiks hervor und forderte die Landesregierung zur Freilassung der Inhaftierten auf.

Quelle: www.dnaindia.com 6.2.2013

Korea: Gewerkschafter im unbefristeten Hungerstreik

Der Vorsitzende der Koreanischen Gewerkschaft der Regierungsangestellten (Gewerkschaft im öffentlichen Dienst), Kim Jungnam, hat am 15. Januar auf der Straße vor dem Büro des präsidentiellen Übergangskomitees in Seoul einen unbefristeten Hungerstreik begonnen. Er protestiert gegen den Rauswurf von 137 Beschäftigten, darunter des Gewerkschaftsvorsitzenden und des Generalsekretärs, die damit für ihre Gewerkschaftsaktivitäten bestraft wurden. Sie werden beschuldigt, Anführer einer „illegalen Organisation“ – der KGEU – zu sein. Die neugewählte koreanische Präsidentin Park Guenhye, Tochter des Diktators Park Chung-Hee, wird am 25. Februar in ihr Amt eingeführt. Sie hat sich zur sozialen Integration bekannt. Die KGEU fordert, dass sie sie als Gewerkschaft anerkennt und die gefeuerten Beschäftigten wieder einstellt. Kim wird seinen Hungerstreik aufrechterhalten, bis diese Angelegenheit eine Lösung gefunden hat.

Quelle: Labourstart.org, 24. 1.2013

China: Foxconn lädt ein zu Gewerkschaftswahlen

Foxconn hat Anfang des Jahres angekündigt, bis Juli 2013 in den chinesischen Fabriken neue Gewerkschaftsvertretungen wählen zu lassen. Die

offizielle Gewerkschaft, eng mit der herrschenden KP und dem Staat verbunden, ist schon seit 2006 bei Foxconn aktiv. Bisher wurden die Gewerkschaftsvertreter von oben ernannt, nun sollen sie alle fünf Jahre auf Abteilungsebene gewählt werden. An den Bedingungen bei Foxconn wird dieses Manöver wenig ändern. Sein Ziel ist die Untergrabung der gewerkschaftsunabhängigen Widerständigkeit, die sich in zahlreichen Streiks und Aktionen äußert. Eine „demokratische“ Legitimation betrieblicher Gewerkschaftsvertretungen soll dem Sweatshop-Image Foxconn entgegenwirken, vor allem aber für mehr Informationen über die Unzufriedenheit der Beschäftigten sorgen, damit das Management Gegenmaßnahmen ergreifen und kollektive Streiks oder Unruhen frühzeitig verhindern kann. Hier treffen sich auch die Interessen des globalen wie des chinesischen Kapitals und der chinesischen KP: Sie wollen den Beschäftigten keine (neue) Macht geben, sondern ihnen die Macht nehmen, die auf bisher weitgehend unberechenbaren Aktionen basiert.

Quelle: <http://tuanjie.blogspot.de>, 22. Februar 2013

Chile: Erneut Todesopfer in einer Kupfermine

Es ist unausweichlich: Wenn heute in den chilenischen Bergwerken etwas passiert, wird es zu Recht sofort verglichen mit dem weltweiten Medienhype um die „33“ (August 2010) – und es werden die damals gemachten Versprechungen der Regierung aus dem Vergessen gezogen, denn passiert ist nichts, was der Verbesserung der Arbeitssicherheit dienen würde. In der vergangenen Woche ist nun erneut in einer Codelco-Mine ein Leiharbeiter zu Tode gekommen, der mit Bauarbeiten beschäftigt war. Angesichts dieser neuen Tragödie erneuerte die chilenische Bergarbeiterföderation FMC ihre Kritik an der Regierung und Bergbauunternehmen wegen fehlender Sicherheit. „Hier gibt es die Gier auf Seiten der Unternehmen, nur um zu gewinnen und nicht zum Schutz ihrer Arbeiter, und auf der anderen Seite gibt es das Desinteresse der Regierung, die statt der Gewährleistung der Sicherheit der Arbeitnehmer die Interessen des transnationalen Konzerns schützen“ sagte Agustin Latorre, Communications Director der FMC. Angesichts dieses neuen tödlichen Unfall im Bergbau, sagte er: „Zwischen Januar und Februar 2013 gab mehr als sechs Todesfälle in verschiedenen Bergwerken. Wir glauben, die Regierung sollte reagieren, bevor wir gezwungen sind, radikalere Maßnahmen zu ergreifen“.

Quelle: www.federacionminera.cl, 8.2.2013

EU-Mitgliedsstaaten beschließen neue Risikoprüfung

BERLIN. Vertreter der EU-Mitgliedsstaaten haben am Montag neue Regeln für die Risikoprüfung bei Gentechnik-Pflanzen beschlossen. Die Einzelheiten des Treffens sind noch nicht gänzlich bekannt, die französische Organisation Inf'OGM befürchtet aber, dass nun Neuzulassungen drohen. Sie hatte schon vor einigen Wochen gewarnt, die Vorschläge der Kommission enthielten zwar einige Verbesserungen, vor allem aber Schlupflöcher. Für die zahlreichen transgenen Pflanzen, die bereits im Zulassungsverfahren stehen, ändert sich nichts. Unter anderem soll bei künftigen Risikoprüfungen eine dreimonatige Fütterungsstudie mit Ratten vorgeschrieben werden. Gentechnik-kritische Verbände fordern das seit Jahren, um Auswirkungen der Pflanzen bzw. ihrer Früchte auf die Gesundheit von Tieren und Menschen feststellen zu können. Allerdings gilt diese Neuerung nur fürs Erste. Bis Mitte 2016 soll die EU-Kommission die Pflicht zur Durchführung der Fütterungen „überprüfen“, heißt es im Entwurf. Info-OGM kritisiert, dass die neuen Regeln nicht für diejenigen Gentechnik-Pflanzen gelten sollen, für die eine Zulassung bereits beantragt worden ist. Dies sei der Fall für über 50 transgene Pflanzen, die die Industrie entweder importieren oder anbauen möchte. Schon Anfang Februar hatte Inf'OGM darauf hingewiesen, die Kommission wolle diese Pflanzen „ohne unnötige Verzögerungen“ genehmigen. Während einer Übergangszeit von sechs Monaten nach Veröffentlichung der neuen Vorschriften können die Hersteller außerdem selbst aussuchen, welches Zulassungsverfahren für ihre Pflanzen herangezogen wird. Nach Angaben von Inf-OGM soll Frankreich der Neuregelung im zuständigen EU-Ausschuss zugestimmt haben. Die Organisation hatte die französische Regierung aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass auch die „alten“ Gentechnik-Pflanzen unter den neuen Vorschriften bewertet werden. Gegen den Entwurf votierten laut einem Europolitics-Bericht Großbritannien, die Niederlande, Belgien und Schweden, während sich Lettland und Portugal enthielten. Die deutsche Position ist noch nicht bekannt.

www.keine-gentechnik.de/

Armgespeist – 20 Jahre Tafeln sind genug

BERLIN. Die zwanzigjährige Existenz von Tafeln in Deutschland und die zunehmende Verbreitung anderer existenzunterstützender Angebote (Kleiderkammern, Suppenküchen, Lebensmittelausgaben usw.) sind Ausdruck einer sich verfestigenden Armut in Deutschland. Der große Zulauf zu den Tafeln ist ein deutliches Zeichen einer verfehlten Sozialpolitik, die große Teile unserer Ge-



sellschaft von einer gleichberechtigten Teilhabe ausschließt, sie materiell kurz hält und darüber hinaus über die SGB II und SGB III Gesetzgebung permanent bevormundet. Die Tafeln sind kein adäquates Mittel der Armutsbekämpfung, sondern viel mehr ein Seismograph für Armut in einem reichen Land sowie sozialer Ungleichheit und Ungerechtigkeit mitten unter uns. Die Aussagen und Forderungen des Aktionsbündnisses sollen zu einer kritischen Auseinandersetzung mit einer sich immer weiter etablierenden „Armutswirtschaft“ anregen. Sie sollen Lösungsansätze aufzeigen, die ein menschenwürdiges Leben auf der Grundlage des Grundgesetzes ermöglichen. Wir regen zu einer kritischen und engagierten Auseinandersetzung an: auf der jeweiligen politischen Ebene (auch jeweils vor Ort), in der medialen öffentlichen Diskussion, in der Bürgergesellschaft, innerhalb von Tafeln und existenzunterstützenden Angeboten, in Verbänden der freien Wohlfahrt, den Gewerkschaften, der Lebensmittelindustrie, der Zivilgesellschaft, zwischen betroffenen und nicht betroffenen MitbürgerInnen. www.aktionsbueundnis20.de/

„Recht auf Nahrung darf kein Glücksspiel sein“

BERLIN. Mehr als 13 000 Unterschriften für das Recht auf Nahrung hat die VENRO-Kampagne „Deine Stimme gegen Armut“ heute an Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner übergeben. Die Kampagne fordert anlässlich der gemeinsamen Reform der Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union (EU), dass das Recht auf Nahrung angemessen berücksichtigt wird. „Die bisherige EU-Agrarpolitik setzt vor allem auf eine Produktions- und Exportsteigerung. Sie untergräbt damit die Ernährungssicherung in vielen Entwicklungsländern“, so VENRO-Vorstandsmitglied Dr. Klaus Seitz. „Es ist höchste Zeit, dass die EU ihre Agrarpolitik international vertraglich ausrichtet.“ Die Kampagne fordert, dass das Recht auf Nahrung explizit in die Gesetze zur GAP aufgenommen wird. Zudem soll eine Beschwerdestelle eingerichtet werden, die es Betroffenen ermöglicht, sich bei einem Verstoß direkt

an die EU zu wenden. Neben den USA ist die EU der weltweit größte Agrarexporteur. Seit vielen Jahren produziert die europäische Landwirtschaft Überschüsse, etwa bei Milch und Fleisch, die dann verbilligt ins Ausland exportiert werden. Dies zerstört die Existenzgrundlage von Kleinbauern in Entwicklungsländern, die mit den importierten Produkten nicht konkurrieren können. Am 13. März wird das Europäische Parlament über eine Stellungnahme zur Neugestaltung der GAP abstimmen. Danach beginnen die Verhandlungen zwischen dem Rat, der Europäischen Kommission und dem Parlament. Die GAP-Reform soll Anfang 2014 in Kraft treten.

www.venro.org/

„Strukturelle Rücksichtslosigkeit“ gegen Kinder beklagt

KÖLN. Das Aktionsbündnis Kinderrechte (UNICEF Deutschland, Deutscher Kinderschutzbund, Deutsches Kinderhilfswerk und die Deutsche Liga für das Kind) begrüßt, dass die Sachverständigenkommission des 14. Kinder- und Jugendberichts sich deutlich für die Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz ausgesprochen hat. Nach Auffassung der Kommission könnten so Gesetze aus der Perspektive junger Menschen verabschiedet und das allgemeine Rechtsbewusstsein verändert werden. Dadurch werde der „strukturellen Rücksichtslosigkeit“ entgegengewirkt, mit der Kinder und Familien konfrontiert seien, so die Sachverständigen. Der Bericht wird heute in Berlin vorgestellt. Das Aktionsbündnis Kinderrechte unterstützt diese Sichtweise und fordert die Bundesregierung auf, sich ebenfalls für die Verankerung der Kinderrechte in unserer Verfassung einzusetzen. Die Rechtsposition von Kindern in Deutschland müsse endlich durch die explizite Aufnahme der Kinderrechte auf Förderung, Schutz und Beteiligung sowie den Vorrang des Kindeswohls bei allem staatlichen Handeln im Grundgesetz gestärkt werden. Das Aktionsbündnis Kinderrechte hat 2012 einen Formulierungsvorschlag für einen neuen Artikel 2a Grundgesetz vorgelegt um klarzustellen, dass Kinder im Wortlaut des Grundgesetzes als Grundrechtsträger anerkannt und mit besonderen Rechten ausgestattet sind. Grundlage für den Vorschlag ist die UN-Kinderrechtskonvention, die in Deutschland seit mehr als 20 Jahren gilt.

www.unicef.de/

NSU-Ausschuss: BKA verschlammte Adressliste des Terror-Trios

BERLIN. Überraschung im NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestags: Völlig unerwartet ist eine zweite Liste mit Adressen und Telefonnummern wieder aufgetaucht. Sie wurde schon 1998 in einer Supermarkttüte entdeckt, aber nie richtig ausgewertet. (*Spiegel Online*)

Nun steht erneut das Bundeskriminalamt in der Kritik, Informationen zu spät weitergeleitet zu haben – es wäre nicht das erste Mal. (Tagesspiegel, Publika-tiv.org) Die Abgeordneten sind „schockiert“ über das „Kommunikationsdesaster“. (Faz.net) Staatlich bezahlte Verräter aus der rechtsextremen Szene sind wichtig. Das betonen Sicherheitsexperten in diesen Tagen gern. Sie sind unter Rechtfertigungsdruck, denn das V-Mann-System steht in der Kritik: Trotz regelmäßiger Geldflüsse an gesprächswillige Rechts-extreme blieben drei abgetauchte Nazis aus Thüringen jahrelang unentdeckt: Sie waren die späteren mutmaßlichen Mörder des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU). Die parlamentarischen Untersuchungsgremien versuchen derzeit alles, um das Versagen der Sicherheitsbehörden aufzuklären. Eines bleibt dennoch nach wie vor schleierhaft: wie genau das System der V-Leute funktioniert. Es ist ja auch geheim. Die Verfassungsschützer geben ihren Informanten Tarnnamen, um deren Identität zu schützen. Oft wussten die Geheimdienstler in der Vergangenheit nicht einmal, welcher Kollege und welche Behörde welchen Rechtsextremen genau als Spitzel angeworben hat. So versickerten bei der Fahndung nach Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe mit den Jahren wichtige Informationen, die zu deren frühzeitiger Ergreifung hätten führen können. www.netz-gegen-nazis.de

„Die Gesetzesinitiative für einen Mindestlohn ist überfällig“

BERLIN. Trotz Arbeit droht immer mehr Menschen Armut. Der Sozialverband SoVD begrüßt deshalb den aktuellen Vorstoß in der Länderkammer: „Dieser erklärte SoVD-Präsident Adolf Bauer am Freitag anlässlich der Bundesratsdebatte über die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohnes. Aus Sicht des Sozialverbandes darf der Niedriglohnsektor in Deutschland nicht weiter ausufern. „Prekäre Beschäftigung und niedrige Löhne führen auf einem direkten Weg in die Altersarmut. Hungerlöhne dürfen aber nicht auch noch zu Hungerrenten führen. Um das zu verhindern, muss der Mindestlohn kommen. Unser Verband setzt sich dafür seit Jahren ein“, betonte Bauer. Der SoVD fordert einen bundeseinheitlichen gesetzlichen Mindestlohn von wenigstens 8,50 Euro und schlägt vor, diesen Betrag in einem jährlichen Verfahren anzupassen. www.presseportal.de

Rüstungsembargo gegen Saudi-Arabien gefordert

BONN. Das Netzwerk Friedenskooperative bezeichnet die jetzt bekannt gewordene Verdoppelung der deutschen Rüstungsexporte an die Golfstaaten als nicht hinnehmbar. „Ausgerechnet beim wahabitischen Königshaus in Saudi-

Arabien bewirbt sich die Bundesregierung als Hoflieferant für Rüstungsgüter und hilft so systematisch bei der Unterdrückung der Menschenrechte und Freiheitsbestrebungen in der arabischen Welt“, erklärt Netzwerk-Geschäftsführer Manfred Stenner. Zum Dank exportiere das saudische Regime neben Öl seine radikal-sunnitische Variante des Islam in alle Welt und fördere dschihadistische und terroristische Gruppierungen. Stenner: „Es ist schwer zu verstehen, dass die Bundesregierung ausgerechnet diesaudischen Autokraten, die Freiheitsaufstände wie in Bahrain niedermetzeln helfen, als ‚Stabilitätsfaktor‘ ansieht“. Die Friedenskooperative fordert ein Rüstungsembargo gegen Saudi-Arabien. Die neu geplanten Lieferungen von Leopard 2-Kampfpanzern, Dingo 2-Spürpanzern, Boxer-Radpanzern sowie Patrouillenbooten müssten sofort gestoppt werden. Friedensgruppen fordern in der Kampagne „Aufschrei – Den Waffenhandel stoppen“ zur Bundestagswahl ein generelles Verbot von Rüstungsexporten. „Mit Saudi-Arabien müssen wir beginnen“, betont das Friedensnetzwerk. Bei den Ostermärschen werden die Rüstungsexporte ein zentrales Thema sein. Bereits bei einer Konferenz an diesem Wochenende in Stuttgart wollen Friedensgruppen u.a. über Kampagnen gegen Rüstungsexport beraten.

www.friedenskooperative.de/

Brandenburg: Volksbegehren zum Nachtflugverbot formal übernommen

BERLIN. SPD-Fraktionschef Ralf Holzschuher begründete den Richtungswechsel der Regierungsfaktionen mit dem explosiven Potential des Konflikts zwischen Wirtschaftsinteressen und der Lebensqualität der Flughafenanrainer: „Dieser Grundkonflikt hat sich in den vergangenen Wochen und Monaten zunehmend verschärft. Er hat das Zeug, unser Land zu spalten. Und genau deshalb würde er unserem Ziel, ein Brandenburg für alle zu schaffen, massiv zuwiderlaufen.“ Ob die Forderungen der Nachtflug-Gegner mit der Übernahme vollständig umgesetzt werden können, ist allerdings fraglich. Denn wenn die Berliner Regierung und der Bund blockieren, ist das Volksbegehren zwar formal übernommen, inhaltlich wird das aber nichts ändern. Mehr Gewicht hätte die Brandenburger Position wohl durch



einen erfolgreichen Volksentscheid erhalten. Mehr Demokratie fordert deshalb, dass sich beide Landesregierungen sachlich über das weitere Vorgehen verständigen. Dass der Berliner Senat gegen die Brandenburger Regierung wettert, weil diese Bedenken der Bürgerinnen und Bürger ernstnimmt, ist in diesem Zusammenhang wenig zweckdienlich.

Und auch in Berlin wird ein zweiter Anlauf genommen. Das Berliner Volksbegehren für ein Nachtflugverbot war im letzten Herbst mit 160 000 Unterstützerinnen und Unterstützern knapp an der Unterschriftenhürde gescheitert. Nun erwägen die Nachtflug-Gegner in der Hauptstadt ein weiteres Volksbegehren.

www.mehr-demokratie.de/

Neonazis verletzen Bundestagskandidaten der Linken

GÖPPINGEN. Am 2. März, Samstagvormittag, hatte das Bündnis „Kreis Göppingen nazifrei“ einen „roten Teppich für Toleranz“ ausgelegt: Auf einer etwa 20 Meter langen roten Plastikrolle konnten Bürger/-innen mit ihrer Unterschrift ein Zeichen für die Aufgeschlossenheit in der Hohenstaufenstadt setzen. Der Göppinger Oberbürgermeister Guido Till, der selber die Aktion besuchte, dankt allen Bürgerinnen und Bürgern für ihre Unterstützung. „Es ist einmal mehr deutlich gemacht worden, dass Göppingen eine tolerante und weltoffene Stadt ist.“

Die Veranstaltung wurde von vier Rechtsextremisten gestört; dabei wurden mehrere Menschen verletzt. Die Polizei nahm die vier Personen, von denen einer im Kreis Göppingen gemeldet ist und drei aus dem Raum Esslingen beziehungsweise Ulm angereist kamen, in Gewahrsam. OB Till verurteilt den Angriff aufs Schärfste und dankt der Polizei für ihr konsequentes Eingreifen. „Wir werden unbeirrt an unserer vielfältigen Arbeit gegen Extremismus und Gewalt festhalten“, versicherte Till.

Der Landesverband der Linken erklärt dazu: Am 2. März haben Rechtsradikale während und nach der Aktion „Roter Teppich für Toleranz“ des Bündnisses „Kreis Göppingen Nazifrei“ drei Menschen angegriffen. Zwei Mitglieder der Linken, darunter Thomas Edtmaier, Bundestagskandidat der Linken im Wahlkreis Göppingen, wurden so schwer verletzt, dass sie ins Krankenhaus gebracht werden mussten.

„Die Linke lässt sich von diesen rechtsradikalen Verbrechern nicht einschüchtern. Wir stehen hinter unserem Kandidaten und werden entschlossen in den Wahlkampf ziehen“, erklärt Dirk Spöri, Vorstandsmitglied der Linken Baden-Württemberg.

www.goepingen.de, www.die-linke-bawue.de

Neckarstadt Nazifrei! Blockaden verhindern die rassistische Kundgebung der NPD Rhein-Neckar

Eine starke Mobilisierung in Mannheim sorgte am 16. Februar für entschlossene antifaschistische Aktionen in der Neckarstadt, die zur Verhinderung der geplanten NPD-Kundgebung führten. Der breite antifaschistische Konsens der Mannheimer_innen, die Unterstützung von auswärtigen Genoss_innen und die Bereitschaft zur Blockade sorgten für diesen Erfolg. Für die NPD um ihren Kreisvorsitzenden Jan Jaeschke wurde der Tag zum peinlichen Desaster.

Nazis stoppen, Rassismus bekämpfen! Die geplante NPD Kundgebung in der Neckarstadt wurde verhindert! Zwei Demos – ein Ziel: Naziaufmärsche unmöglich machen!

Die vom Bündnis Mannheim gegen Rechts organisierten Aktionen begannen um 9 Uhr mit zwei koordinierten Demonstrationen. Eine begann auf dem Neumarkt in der Neckarstadt und wurde maßgeblich vom AK Antifa organisiert. Der zweite von DGB und Falken organisierte Zug startete mit vielen politischen Funktionsträger_innen am Gewerkschaftshaus. Auf dem Alten Messplatz vereinten sich die beiden Züge zu einer großen gemeinsamen Kundgebung, was für gute Stimmung am frühen Morgen sorgte. Redebeiträge wurden in deutscher, türkischer und

bulgarischer Sprache gehalten. Auf dem Messplatz war die Polizei schon früh mit starken Kräften vertreten und hatte eine Art „Laufstall“ für die Nazis mit so genannten Hamburger Gittern abgesperrt.

Rund um den Platz waren Menschen in den Tagen und Nächten zuvor aktiv gewesen und zeigten im öffentlichen Raum Präsenz. Das Kulturzentrum Alte Feuerwache war mit zwei riesigen Transparenten geschmückt. An einem Bauzaun an der Kurpfalzbrücke, dem Eingang zur Neckarstadt, war ein etwa 20 Meter breites Banner befestigt, auf

dem auch für Aktionen in Pforzheim (23.2.), Landau (16.3.) und Frankfurt (1.5.) geworben wurde. In den Seitenstraßen warben Graffitis, Parolen und Plakate für die Aktionen.

Das freie Radio Bermuda.funk spielte den ganzen Tag über eine Radiosendung, wobei abwechselnd Informationen und antifaschistische Musik gesendet wurden. Die Alte Feuerwache, das Kunstprojekt Einraumhaus und der Lautsprecherwagen von Mannheim gegen Rechts übertrugen das Programm lautstark über den ganzen Platz. Weitere Unterstützung erfuhren wir von einem antifaschistischen glitzernden Einhorn. Darüber hinaus informierten sich die Antifaschist_innen per Infotelefon und Twitter über die aktuelle Situation.

So konnte die spontane Blockade der Bahngleise organisiert werden. Kurz vor 11 Uhr setzten sich entschlossen hunderte Menschen in Bewegung,

Mannheim: Bundesgartenschau-Beschluss mit kritischer Zustimmung der Linken

Warum habe ich als Stadtrat der Linken nach ausführlicher Diskussion im Kommunalausschuss der Linken der Grundsatzentscheidung des Gemeinderates zugestimmt, dass die Stadt Mannheim sich um die BuGa 2023 bewirbt und das Kerngebiet auf einem Teil der Feudenheimer Au und des bisherigen Spinelli-Geländes plant, und dies in Opposition zur lautstark geäußerten Opposition in Naturschutz- und Feudenheimer Kreisen?

Die BuGa (siehe auch unseren Bericht in PB 2/2013) bietet Chancen einer nachhaltigen Stadtentwicklung im Sinne der Gestaltung des Grünzugs und der Bewältigung eines Teils der Konversionsaufgabe. Die anderen im Rahmen der Diskussion genannten Flächen erfüllen dieses Kriterium nicht. Die BuGa vermag mehr nachhaltige Investitionsmittel zu mobilisieren, als sie die hochverschuldete Stadt ohne BuGa generieren könnte.

Eine BuGa, die nur eine Million Besucher anlockt, wäre tatsächlich ein finanzielles Desaster für die Stadt, die vergeblich auf die Ticketeinnahmen warten würde und ein größeres Defizit abdecken müsste. Eine erfolgreiche BuGa muss eine „Story“ erzählen können, wie jüngst in Koblenz in Verbindung mit den beiden Flüssen. Die geplante Örtlichkeit birgt Chancen für eine hohe Attraktivität.

Naturschutzbelange in einer hochurbanen Umgebung müssen mit äußerster Sensibilität geachtet und umgesetzt wer-

den, sie können aber nicht dem Grundsatz der „Unberührbarkeit“ folgen.

Der Beteiligungsprozess (formell wie informell) ist breit entwickelt – die Einwände der Gegner haben bereits einige wesentliche Punkte korrigiert, weitere werden folgen. Dass wesentliche Punkte wie z.B. die Straßenführung noch offen sind und unter Bürgerbeteiligung gelöst werden müssen, ist kein Hinderungsgrund für eine Grundsatzentscheidung.

Der finanzielle Rahmen ist gesteckt mit 60 Millionen kommunaler Eigenmittel. Die Planung muss dem Rahmen angepasst werden, nicht umgekehrt. Dies ist bei einem solchen Projekt jedoch auch möglich, wie Erfahrungswerte zeigen.

Heutige BuGa sind keine bloße „Blüten-Schauen“ mehr. Sie bieten Überblicke über unterschiedlichste Naturgestaltungen. In Vorbereitung der BuGa könnte, aus den Stadtteilen kommend und getragen, eine Urban-Gardening-Bewegung hervorgehen und einen zusätzlichen Schub für die Stadt bringen.

Ich habe vor der Abstimmung, die Punkt für Punkt vorgenommen wurde, den Antrag gestellt, den Finanzrahmen nicht nur in den Anlagen des Beschlusses, sondern im Haupttext mit 60 Millionen Euro kommunaler Kosten anzugeben, und nicht nur die Gesamtkosten zu definieren, von denen die kommunalen Kosten dann nur abgeleitet werden können. Diesem Vorschlag folgten nur wenige grüne StadträtInnen. Das ist bedauerlich. Jedoch wird bei der Aufstel-

lung des Gesellschaftsvertrags für die BuGa-Mannheim-GmbH der städtische Höchstanteil festgelegt werden können und müssen, so wie dies auch in Koblenz geschah. Hier wird dann allerdings die Stunde der Wahrheit schlagen.

In der ganzen gemeinderätlichen Diskussion gab es eigentlich kaum qualifizierte Stimmen grundsätzlich gegen die BuGa in Mannheim. Lediglich der Architekt und Biologe Wolfgang Raufelder von den Grünen stellte den Nutzen einer BuGa insgesamt in Frage und verteidigte den „Natur“-raum Feudenheimer Au in seiner gegenwärtigen Beschaffenheit fundamental. Raimond Fojkar von den Grünen kritisierte das seines Erachtens viel zu hohe Entscheidungstempo. Beide vertraten innerhalb der Grünen eine Minderheitsmeinung. Die ML vertrat ihr vollkommensinnloses Flughafen-BuGa-Projekt ohne jeden Reiz und zusätzlichen Nutzen für die Stadtentwicklung und in vollkommener Vergessenheit ihrer eigenen Antragslage aus 2011, mit der sie den jetzigen Plänen hätte zustimmen müssen. Der Bauer Karl vertrat innerhalb der CDU die Minderheitenposition, dass in der Au zu viel Agrarfläche auf Dauer verloren gehe.

Für den Erfolg der BuGa im Sinne einer hohen Akzeptanz in Mannheim selbst wird der weitere Beteiligungsprozess entscheidend sein, hinsichtlich der Attraktivität für ein Millionenpublikum wird es hoher einschlägiger Kompetenz bedürfen.

Thomas Trüper



Es waren gerade acht Nazis, die es auf den Alten Messplatz geschafft haben. Mit diesem Auto mit diesem Kennzeichen: PS-N-1818. Man beachte die bei Nazis beliebte Zahlenkombination: 18 – 1 für den ersten Buchstaben und 8 für den achten Buchstaben im Alphabet – also A und H, die Anfangsbuchstaben von Adolf Hitler.

blockierten erst die Kurpfalzbrücke, später auch die Gleise am nördlichen Messplatz und die Dammstraße und legten damit den öffentlichen Verkehr lahm. Die dynamischen Blockaden verhinderten die Anreise der NPD-Anhänger_innen. Alle möglichen Zufahrten des riesigen Messplatz waren dicht. Gegen 13 Uhr gaben die Nazis auf und Mannheim gegen Rechts feierte seinen verdienten Erfolg. Auf dem Platz wurde getanzt und in den Kneipen und Cafés um den Platz herrschte beste Stimmung.

„Sicherheit durch Recht und Ordnung“

Zur NPD-Kundgebung hatte es letztlich nur der Lautsprecherwagen aus Pirmasens samt Besatzung geschafft. Kreisvorsitzender Jaeschke musste vergeblich auf seine Anhängerschaft warten und mit seiner Handvoll UnterstützerInnen aus der Westpfalz zwei Stunden bis zur Aufgabe warten. Die Anwesenheit der Nazis sorgte wenigstens bei den Menschen um den „Laufstall“ für Erheiterung. Versuche der Nazis, mit Musik und Reden ihre Propaganda abzuspielen scheiterten an der wesentlich lautereren Gegenveranstaltung. Auf der NPD-Versammlung stellten Antifaschist_innen während dessen eine Ordnungswidrigkeit fest. Der Lautsprecherwagen hatte nämlich mit roter Plakette verbotenerweise die Umweltzone befahren. Ein Antifaschist ließ es sich nicht nehmen, bei der Polizei eine schriftliche Anzeige aufnehmen zu lassen. Den Fahrzeughalter erwarten nun ein Bußgeldbescheid und ein Punkt in Flensburg. Eine Straßenbahn mit etwa 30 gemeinsam anreisenden Nazis wurde von der Polizei auf der Breiten Straße kurz vor der Abendakademie aufgehalten. Aufgrund der Blockade der Kurpfalzbrücke gab es kein Durchkommen. Nach einer guten Stunde Warten fuhr die Bahn eine geänderte Route über die Friedrich-Ebert-Brücke an den Rand der Neckarstadt-Ost. Die Nazis stiegen am Ludwig-Frank-Gymnasium aus und warteten an einer Straßenecke bis ein Sonderbus angefahren kam, der vermutlich von der Polizei organisiert war. Die Einfahrt dieses Busses in die Neckarstadt wurde an der Käfer-

taler Straße von kleinen Barrikaden behindert, es gab an dieser Stelle sogar einen mutigen Angriff autonomer Antifas auf den Bus, der Richtung Innenstadt abbog und die Nazis in Richtung Ludwigshafen fuhr. Am Berliner Platz angekommen, versuchten sie eine Spontandemonstration durchzuführen, was jedoch von der Polizei verhindert wurde. Kurzfristig hatten sich dort bereits einige Antifaschist_innen versammelt.

Kurz vor 13 Uhr packte dann auch der NPD-Lautsprecherwagen auf dem Alten Messplatz zusammen. Zum Abschied wurden die Nazis mit Eiern beworfen, bevor sie, von der Polizei begleitet, die Neckarstadt verließen. Nachdem die Polizei in Ludwigshafen den Nazis Platzverweise erteilt hatte, fuhren diese ab in Richtung Mannheim-Rheinau, wo sie ihre Autos geparkt hatten. Auch dort waren nach kurzer Zeit Antifaschist_innen eingetroffen, es fanden aber keine größeren Aktionen mehr statt.

Fazit: Ein antifaschistischer Erfolg auf der ganzen Linie

Nachdem es an den erfolgreichen Aktionen von Mannheim gegen Rechts 2012 in Neckarau auch berechnete Kritik gab, kamen heute alle auf ihre Kosten. Dies lag daran, dass die Menschen massenhaft spontanen zivilen Ungehorsam als anschlussfähige Aktionsform entdeckten. Neben autonomen Antifas blockierten auch etablierte Politiker_innen und Anwohner_innen die Bahn- und bildeten gemeinsam eine breite Front gegen die Nazis. Die Polizei hielt sich zurück und sorgte durch ihr deeskalierendes Verhalten dafür, dass die Aktionen größtenteils friedlich verliefen. Dies war aber erst durch die Vorarbeit des Bündnis Mannheim gegen Rechts möglich, das es geschafft hat, in der Stadt ein gesellschaftliches Klima zu etablieren, in dem Nazis von allen Seiten als unerwünscht angesehen werden. Während die Nazis den heutigen Tag wohl lieber vergessen wollen, hat der 16. Februar 2013 aus antifaschistischer Sicht gezeigt, dass entschlossenes und solidarisches Handeln gegen Nazis notwendig ist und erfolgreich sein kann.

Langfristige Siedlungsentwicklung in Bayern und linke Politik

Die bayerischen Landtagswahlen stehen im Schatten der Bundestagswahl, bei der sich eine Mehrheit links von der Mitte bilden kann. Im Bund kann eine solche Mehrheit zahlenmäßig und noch mehr wegen der notwendigen Einbeziehung der Reformkräfte Ostdeutschlands ohne die Linke nicht gebildet werden. Im Land Bayern stellt sich die Frage, ob ein Reformstau besteht und welchen besonderen Beitrag die Linke zu seiner Bewältigung leisten kann. Die Brisanz dieser Fragestellung liegt darin, dass – anders als im Bund und der überwiegenden Zahl der Bundesländer – in Bayern eine Mehrheit mit Schwerpunkt links von der Mitte nicht besteht. Das zeigen die letzten Landtagswahlen, bei denen die SPD 18,6% die Grünen 9,4% und die Linke 4,4% erhielten.

Wechselstimmung in Bayern?

Das parlamentarische System lebt vom Wechsel. Seine Einrichtungen wollen die Verfilzung von interessierten Personengruppen mit der politischen Struktur unterbrechen, um so der Gefahr des Missbrauchs von politischer Macht vorzubeugen. Wenn Korruption und Machtmissbrauch offenkundig werden, können sich Mehrheiten verschieben, auch wenn sich in der öffentlichen Meinung sonst kein Umschwung zeigt. Ein naheliegendes Beispiel bietet der Machtmissbrauch der Stoiberschen Staatskanzlei, die seinerzeit staatliche Mittel einsetzte, um im innerparteilichen Richtungskampf Gegner, konkret die damalige Fürther Landrätin Frau Pauli, auszuschalten. Ergebnis: Der Machtverlust Stoibers, die Niederlage der von Beckstein und Huber geführten Partei in den folgenden Landtagswahlen, deren Ablösung durch den CSU-Außenseiter Seehofer, eine Koalitionsregierung mit der FDP und damit das vorläufige Ende der Identität von CSU und Staat.

Seehofers Rezept: CSU + direkte Demokratie

Erstaunlicherweise ist es der CSU gelungen, sich in den Augen der breiteren Öffentlichkeit von dem Verdacht des Machtmissbrauchs zu befreien. Heute

steht sie, wenigstens in den Umfragen, glänzend da. Die Ursache dafür liegt nicht nur in der Härte, mit der das „Partei- und Staatsregime Seehofer“ Loyalitäten, die Anstoß erregen, aufkündigt. Bedeutsamer noch ist dafür eine neue Balance zwischen Bürgern und Staatsverwaltung. Beispielgebend nennt Seehofer dafür die Schweiz, die er zum Studium der dort eingebürgerten Verfahren von direkter Demokratie und bürgerlicher Partizipation besuchte. Er trifft damit den Nerv einer auf Sicherheit und solide Verwaltung erpichten, aber keineswegs naiven Bevölkerungsmehrheit. Diese rechnet der CSU den wirtschaftlichen Erfolg des Freistaates hoch an, hält Kontinuität für ein Gut und kann der Regierung Grenzen setzen durch die latente Androhung oder auch tatsächliche Durchsetzung von Volksbegehren und Bürgerentscheiden.

Zeigt sich im Volksbegehren eine neue parlamentarisch Mehrheit?

Das Volksbegehren gegen die Studiengebühren sollte lieber nicht als Signal einer Werteververschiebung weg von der CSU, hin zu einem oppositionellen Parteienbündnis gewertet werden. Die Freien Wähler genießen Respekt, weil es ihnen gelungen ist, die verfassungsrechtlich schwierige Frage („Eingriff in den Landeshaushalt“) rechtlich einwandfrei zur Abstimmung zu bringen. Aber ähnliches war auch der ÖDP beim Nichttrauchervolksentscheid gelungen. Die lebhafteste Volks- bzw. Bürgerentscheids-Szene in Bayern produzierte, jedenfalls bisher, nicht Parteien oder Parteienbündnisse.

Man kämpft hier nicht in der Arena des Parteiensystems und der Mehrheiten repräsentativer Demokratie, sondern das Wahlvolk konstituiert sich in einer eindeutig formulierten Frage als Gesetzgeber.

Die CSU, so lautet Seehofers Botschaft, nimmt ihre Aufgabe der politischen Führung wahr und ist bereit sich korrigieren zu lassen.

Die wahrscheinliche Prognose für die Landtagswahl: Sollte in den nächsten Monaten nicht doch noch irgendein skandalöser Fall von Machtmissbrauch auftreten, wird die CSU die mit weitem Abstand größte Partei im Freistaat bleiben. Nach der Erfahrung der Niedersachsenwahl kann auch die FDP über die 5% kommen. Wenn es der CSU alleine nicht reicht, so hat diese Partei auch mit den Freien Wählern, der SPD und den GRÜNEN Schnittmengen. Möglicherweise könnte jede dieser drei kleineren Parteien in einem Regierungsbündnis mit der CSU ihre Anliegen besser entfalten als miteinander gegen die CSU.

CSU-Wirtschaftspolitik: Ein auslaufendes Erfolgsmodell

Die wirtschaftliche Prosperität, die

der Freistaat Bayern im Vergleich der Bundesländer und der europäischen Regionen aufweist, ist Ergebnis einer ganz bestimmten Art und Weise des Wirtschaftens der öffentlichen Hand. Bayern funktioniert nach dem Modell der Wachstumslokomotive(n). Dabei kommt es darauf an, die Prozesse der Ballung durch Einsatz öffentlicher Mittel zu fördern, die Randzonen sollen davon entweder direkt durch Wirtschaftsbeziehungen zu den Zentren, oder indirekt, durch Zuteilung von in der Ballung erwirtschafteten Steuermitteln gefördert werden. Diese Art staatlichen Eingreifens hat jahrzehntelang den Zusammenhalt des Landes gefördert, Regionen & Unterzentren, Unterzentren & Mittelzentren, Mittelzentren & Oberzentren. Inzwischen aber hat dieser Typ des Wirtschaftens die Region Oberbayern mit dem Zentrum Landeshauptstadt München singulär gestellt. Die Lokomotive zieht davon.

Gestörte Entwicklung ...

Die bayerische Statistik weist inzwischen viele Gebiete mit negativer Bevölkerungsentwicklung und -prognose auf. Merkwürdigerweise thematisieren die Parteien der Landtagsopposition dies nicht oder höchstens unzulänglich. Denn soweit sie der CSU/FDP-Regierung die Vernachlässigung der Gebiete außerhalb der südbayerischen Ballungsregion vorwerfen, bleiben ihre Forderungen doch auf die Umlenkung von Steuermitteln in hauptstadtferne Regionen stecken.

... unzulängliche Opposition

Damit befindet sich die Landtagsopposition in einer echten strategischen Klemme. Um freie Mittel für die Landesentwicklung zu generieren, muss sie gleichzeitig die Mittel einfordern, die die Ballung Südbayern attraktiv und deren Steueraufkommen hoch machen. Somit lösen die Parteien der Landtagsopposition das Problem, an dem die CSU würgt, ebenfalls nicht.

So weit sie, wie die SPD und die GRÜNEN, der lohnabhängigen Bevölkerung im großstädtischen Milieu besonders verpflichtet sind, wird das Dilemma noch verwickelter. Die außer Kontrolle geratenen Ballungsprozesse führen zu einem überhitzten Wohnungsmarkt mit Mieten, die weit überdurchschnittliche Lohneinkommen voraussetzen, hohe Erwerbsquoten mit sich bringen, aus denen wiederum Notwendigkeiten sozialer Infrastruktur, von der Kinderkrippe über die Ganztagschule usw. folgen.

Grenzen von Kampagnenpolitik

In dieser Gemengelage prägt sich in Bayern linke Politik seit langem als Kampagnenpolitik aus, die je nach Sachlage in Volksentscheide oder in lebhafteste Volksbewegungen, so z.B. ge-

gen die Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf, mündet. Ein erstes Signal setzte vor Jahrzehnten der Volksentscheid zur Aufhebung der Bekenntnisschule als Regelschule.

In diese Konstellation passen auch die keineswegs niedrige Streikbereitschaft der DGB-Gewerkschaften und der Reichtum an zivilgesellschaftlichen Bewegungen.

Diese im weitesten Sinne linke oder auch basisdemokratische politische Kultur besteht außerhalb und neben den Parteien, in die sie hineinreicht.

Ihre Stärke wird sichtbar, wenn konkrete Einzelfragen zur Entscheidung anstehen, ihre Schwäche, wenn es um die politische Konzeption geht, d.h. um Strategien, die sämtliche Posten des Staatshaushaltes in Beziehung zueinander setzen und ausgleichen müssen. So stellen sich auch die Reibungen zwischen Staatsverwaltung und sozialen und demokratischen Bewegungen nicht als Quelle neuer Entwicklungsstrategien heraus.

Landtagswahlkampf an wichtigen Problemen vorbei?

Im kommenden Landtagswahlkampf ist die Hauptgefahr, dass drängende Probleme bayerischer Landesentwicklung gar nicht angesprochen werden. In diesem Falle ist unschwer vorherzusagen, dass der Hauptkonflikt im Lande Bayern ein Ressourcenkonflikt zwischen den Regionen werden wird. In diesem Konflikt werden sich die Interessen der Regionen an Zuschussleistungen und die Interessen am Ausbau von Infrastruktur, besonders an bezahlbaren Wohnungen im Zentrum, gegenüberstehen. Eine öde Debatte, in der sich sozial gleich gerichtete Interessen arbeitender Menschen an Entwicklungschancen plötzlich konkurrierend bekämpfen.

Die Linke ist nach ihrer ganzen Tradition der Idee übergreifender sozialer Emanzipation verpflichtet, sie leidet unter solchen Konfliktlagen besonders, stellen sie doch die Idee der Solidarität in Frage.

So hat der Landesvorstand in seinem Leitantrag für das Landtagswahlprogramm das Thema aufgegriffen und die Richtung skizziert, in der eine Lösung zu suchen wäre. Chancenreich wäre eine Planung, die am Phänomen von Nachbarschaft Verschiedener ansetzt.

Bayern als gemischte Gesellschaft

Einen besonderen Reiz des Freistaats macht die Tendenz zur Mischung aus, die hier über viele Jahrzehnte, eigentlich seit dem bald 200 Jahre zurückliegenden Start der Entwicklung hin zur Industriegesellschaft bestand. Seit damals haben Staatsverwaltung und die kommunale Selbstverwaltungen sich gegen den Trend durchgreifender Funktionszuweisungen und die daraus

folgende soziales Segregation gesperrt.

Das bürgerlich-nachbarschaftliche Nebeneinander der sozialen Schichten und Klassen in den Siedlungen so wie auch das Nebeneinander von Wohnlagen und Gewerben, von Geschäft und Kultur hat großen Einfluss auf das soziale Klima im Lande. Damit korrespondiert eine Haltung des Lebens- und Lebens-Lassens, die erhebliche Verschiedenheit im Lebensstil zulässt.

In dieser Konstellation, die sich gegenüber großen Würfen sperrig zeigt, kann sich eine Kultur der Suche nach der nachbarschaftlich-vorteilhaften Beziehung halten, die unter den Trägern der Privatwirtschaft oft genug den harten Forderungen der Konkurrenz zum Opfer fällt, für die Führung der öffentlichen Einrichtungen jedoch als Leitmotiv taugen kann. Es kommt darauf an, die Vorteile zu erkennen, die sich aus einer Zusammenarbeit über die Fläche hin ergeben. Dabei spielt selbstverständlich die spezifische Eignung von Standorten eine große Rolle. Wichtig ist aber auch, dass die Kooperationsmöglichkeiten zwischen Einrichtungen derselben Art gesehen und genutzt werden. Entwicklungen der Industrie, aber auch im Bereich von Wissenschaft, Forschung und Kultur setzen heute schon eine Zusammenarbeit weit über die Grenzen des Ortes hinaus voraus.

Die Existenz blitzartig vollzogener weltweiter Kommunikation ist heute eine Binsenweisheit. Darüber sollte aber nicht aus dem Blick geraten, dass Arbeit am gemeinsamen Projekt auch die Begegnung von Menschen fordert. Das zeigt ein Blick in die Frühzüge des ICE-Systems und die Abflugsteige der Flughäfen, ganz zu schweigen von den vielen Fällen, in denen nicht nur Bits bewegt werden müssen, sondern tonnenschwere Sache.

Würde die bayerische Staatspolitik den Blick für die Chancen der Mischung und der Nachbarschaft, die es in der politischen Kultur des Landes gibt, auf die nahen Nachbarn im Bund und in Europa richten, so könnten fruchtbare Beziehungen entstehen. Die Randregionen Bayerns, die jetzt als Sackgasse gemieden werden, könnten als Verbindungsräume voran kommen.

Aus der Luft gegriffene Ideen? Gerade an diesem Wochenende hat sich die bayerische Bischofskonferenz darauf verständigt, die Beziehungen hin zur Tschechischen Republik mit größter Aufmerksamkeit zu pflegen. Dem wird der Katholikentag gewidmet, der im nächsten Jahr im grenznahen Regensburg stattfindet. Dem widmet der neu gewählte Regensburger Bischof einen Teil seiner Zeit. Er hat angekündigt, Tschechisch zu lernen. Wenn die katholischen Kirchen lernen können, können wir es auch.

Brigitte Wolf, Martin Fochler

Bürger befassen Stadtrat – Linke setzt Bürgeranregungen um: DORTMUND. Anträge der Linken auf Bürgerhaushalte und Ratsbürgerentscheide wurden bislang von den Mehrheitsfraktionen abgelehnt, so dass nun die Aktion „Offenes Rathaus – Ihr Wunsch ist unser Antrag“ gestartet wurde. Die Aktion „Offenes Rathaus“ der Linksfraktion ist mit zwei Veranstaltungen im Rathaus selbst und in Dortmund-Scharnhorst erfolgreich gestartet. Unter dem Motto „Ihr Wunsch ist unser Antrag“ haben sich die Ratsvertreter und die örtlichen Bezirksvertreter mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern zusammen gesetzt ... Die Wünsche der BürgerInnen von der Kurler Strasse werden hier zu einer Befassung der aufgeworfenen Fragen im zuständigen Fachausschuss des Rates führen. „Nach diesen ersten erfolgreich verlaufenen Auftaktveranstaltungen, wird es weitere Bürgerveranstaltungen geben, um Elemente der direkten Demokratie in unserer Arbeit zu festigen, so der Fraktionssprecher Kowalewski. www.dielinke-dortmund.de

Lebensmittelkontrolle muss dringend aufgestockt werden: KÖLN. Bei der Stadt Köln sind nicht alle Stellen im Bereich der Lebensmittelüberwachung besetzt. Also können nicht so gründliche und effiziente Kontrollen durchgeführt werden, wie vorgesehen. In Anbetracht des derzeitigen erneuten Fleischskandals muss schnell gehandelt werden. Der Skandal um Pferdefleisch, das als Rindfleisch deklariert wird, steht noch am Anfang. Niemand weiß, was in den nächsten Tagen ans Licht kommt und was unter den Teppich gekehrt werden wird. Umso bedrückender, dass die Stadt Köln nicht ausreichend genug Lebensmittelkontrolleure hat. Fraktionssprecher Jörg Detjen: „Bei der Stadt Köln sind 3,5 Stellen als Lebensmittelkontrolleure unbesetzt. Die Kriminellen nutzen jede noch so kleine Lücke. Die Stadt Köln muss ihren hoheitlichen Aufgaben dringend nachkommen und, die notwendigen Kontrolleure einstellen.“ www.linksfraktion-koeln.de

Barnier bewegt sich bei Wasserversorgung: BERLIN. Der Deutsche Landkreistag begrüßt die Aussagen des EU-Kommissars für den Binnenmarkt, Michel Barnier, der gestern im Europäischen Parlament den kommunalen Forderungen nach einer Freistellung der kommunalen Wasserversorgung vom Anwendungsbereich der EU-Konzessionsrichtlinie deutlich entgegengekommen ist. Mit der nunmehr vorliegenden Kompromissformel wird unter bestimmten Voraussetzungen die kommunale Wasserversorgung weiterhin ausschreibungsfrei in den in Deutschland bewährten Strukturen der öffentlichen Hand verbleiben können. Dies ist zurückzuführen auf die nunmehr von Kommissar Barnier zugesagte getrennte Betrachtung der unterschiedlichen Sparten mit

Blick auf die Wasserversorgung kommunaler Mehrspartenunternehmen, die neben Diensten im Wasserbereich auch Dienstleistungen im Energie-, Verkehrs- und anderen Bereichen erbringen. Bisher hatte die Kommission die Voraussetzung, dass 80% des Umsatzes der Unternehmen für die beauftragende Gebietskörperschaft erbracht werden müssen, auf den gesamten Umsatz des Unternehmens bezogen. Die kommunalen Unternehmen müssen allerdings im Sinne des Kompromisses ihrerseits künftig die unterschiedlichen Sparten entweder in struktureller oder aber zumindest in buchhalterischer Hinsicht voneinander trennen. Es gilt ferner, diesen Kompromiss nunmehr auch in den weiteren Verhandlungen zwischen Parlament, Kommission und Rat der EU durchzusetzen. Insofern wird es auch auf die Haltung der Bundesregierung in dieser Frage ankommen. www.landkreistag.de/

Kurswechsel zu sozialverträglicher Wohnraumbewirtschaftung: STUTTGART. In der Aufsichtsratssitzung der Stuttgarter Wohnungs- und Städtebaugesellschaft mbH (WSWG) wird SÖS und Linke eine Beschlussvorlage einbringen, die einen Kurswechsel der WSWG einleiten soll. Dazu erklären Thomas Adler, Fraktionsvorsitzender von SÖS und Linke, und Maria-Lina Kotelmann, Stadträtin von SÖS und Linke im Aufsichtsrat der WSWG: „Die WSWG muss als stadteigenes Wohnungsunternehmen die Lebenswirklichkeit ihrer Mieter endlich zur Kenntnis nehmen. Es darf nicht sein, dass den WSWG-Mietern untragbare Mietpreiserhöhungen aufgebürdet werden. Bislang haben die anderen Gemeinderatsfraktionen die Unternehmenspolitik der WSWG-Geschäftsführung mitgetragen, teilweise auch gegen Beschlüsse der eigenen Partei wie im Falle der SPD“, so Maria-Lina Kotelmann. „Wir nehmen die Wahlkampfbotschaften der anderen Parteien zur OB-Wahl und die Absichtserklärungen von OB Fritz Kuhn nun zum Anlass, einen sozialen Kurswechsel bei der WSWG einzufordern. Wohnraum muss in unserer Stadt wieder für alle bezahlbar werden, die städtische WSWG muss da deutlich in die Pflicht genommen werden“, erklärt Thomas Adler für die Fraktionsgemeinschaft SÖS und Linke: Deshalb wird Maria-Lina Kotelmann heute im Aufsichtsrat wie schon bei der letzten Sitzung beantragen, dass die Mietpreiserhöhungen für WSWG-Mieter nach Modernisierungen generell auf maximal 10 % der Kaltmiete beschränkt werden. Energetische Sanierungen sollen sich zukünftig durch Einsparungen bei den Nebenkosten selbst refinanzieren, Mieterhöhungen sind also auf die real erzielten Energiekosteneinsparungen zu begrenzen.

www.domino1.stuttgart.de/grat/soesundlinke.nsf

(Zusammenstellung: ulj)



Bild links: Auszubildende aus der Medizinischen Hochschule Hannover. Rechts: Beschäftigte aus der Tierärztlichen Hochschule Hannover

Schwierige Lage bei der Tarifauseinandersetzung der Beschäftigten der Länder

Nach dem Tarifabschluss der kommunalen und der Bundesbeschäftigten im letzten Jahr (3,5% ab März 2012 + 1,4% ab Januar 2013 + 1,4% ab August 2013, Laufzeit 2 Jahre) stehen nun die Beschäftigten aus Länderbehörden, Straßenmeistereien, Universitäten und Universitätskliniken, angestellte Lehrer_innen u.a. in der Tarifauseinandersetzung. Bei den Kommunen gab es im letzten Jahr unter der Parole „soziale Gerechtigkeit, 200 Euro für alle“ eine gute Mobilisierung, 300 000 Menschen waren dafür auf der Straße. Trotzdem war es nicht gelungen, gegenüber den kommunalen Arbeitgebern einen Mindestbetrag durchzusetzen. Dies führte zu heftiger Kritik an der Verhandlungsführung der Gewerkschaften. Dieser Hintergrund spielte bei der Forderungsaufstellung

für die Länderbeschäftigten eine große Rolle. So wurde der von vielen Landesbezirken geforderte Mindestbetrag von 200 Euro in der Bundestarifkommission öffentlicher Dienst Verdi gekippt mit dem Argument, wenn die kommunalen Beschäftigten das nicht schaffen durchzusetzen, dann könnt ihr das mit eurem geringen Organisationsgrad erst gar nicht fordern. Ein Totschlagargument, hat doch erst die Forderung nach Gerechtigkeit zu einer großen Mobilisierung geführt! Genau dies macht jetzt Probleme, vor allem bei der Mobilisierung der unteren Lohngruppen und Arbeiterbereiche.

Die Forderung lautet nun: 6,5% bei einer Laufzeit von einem Jahr „mit einer sozialen Komponente“, ohne diese zu beziffern. Gefordert wird weiterhin eine Erhöhung der Ausbildungsentgel-

te um 100 Euro und eine verbindliche Übernahme der Azubis. Im Forderungspaket spielt neben Verbesserungen für einzelne Berufsgruppen, wie z.B. Feuerwehren und Beschäftigte in der Psychiatrie, die Forderung nach einer tariflichen Eingruppierung der 200 000 angestellten Lehrkräfte eine große Rolle. Jedes Bundesland zahlt bisher den Lehrkräften auf Grundlage einseitig diktiertter Arbeitgeberrichtlinien und -erlasse ein anderes Gehalt. In Ostdeutschland werden Lehrkräfte je nach Schultyp zwei bis drei Entgeltgruppen schlechter bezahlt als in einigen westlichen Bundesländern. Diese Differenz kann 500 Euro betragen.

Für viele Beschäftigte ist die Forderung „Hände weg vom Urlaub“ wichtiger als eine prozentuale Erhöhung des Gehalts. Das Bundesarbeitsgericht

Forderungsdiskussion in der IG Metall: Erhebliche Bandbreite

Die Tarifkommissionen in den Tarifbezirken der Metall- und Elektroindustrie haben im Februar über die vorliegenden Forderungsempfehlungen diskutiert. Vermutlich wird sich die Empfehlung für eine reine Entgeltforderung von 5,5 Prozent aus Baden-Württemberg durchsetzen. Mitte März wird der Vorstand seine Empfehlung bekannt geben und dann beschließen die Tarifkommissionen. Bemerkenswert war diesmal die Bandbreite der Erwartungen aus den Betrieben. Die wirtschaftliche Ausgangslage driftet enorm auseinander, selbst innerhalb der verschiedenen Branchen. In der Automobilbranche beispielsweise verzeichnen die Hersteller für den sogenannten „Massenmarkt“ wie Opel und Ford Umsatzeinbrüche, während die sogenannten Premium-Hersteller wie Audi und BMW Rekordergebnisse vermelden. Die Aufzugsbranche vermeldet Rekorde beim Auftragseingang wäh-

rend die Druckmaschinenhersteller und die Solarbranche durch Insolvenzen bedroht sind. Entsprechend differieren die Erwartungen aus den Betrieben von „lediglich Inflationsausgleich“ bis hin zu Forderungen von 8 oder 10 Prozent. Keine einfache Ausgangslage für die Diskussion. Entsprechend der Formel „gesamtwirtschaftlicher Produktivitätszuwachs (1,5 %) plus erwartete Inflationsrate (2 %) plus Umverteilungskomponente (2-2,5 %) lässt sich aber ein Kompromiss erreichen. Auch vereinzelte Vorschläge für reine Festgeldforderungen im Sinne von mehr Entgeltgerechtigkeit konnten sich nicht durchsetzen. Das Argument der Entgeltgerechtigkeit geht inzwischen an der Wirklichkeit vorbei. Die tatsächlich unerträglichen Ungerechtigkeiten betreffen in der Hauptsache den abgekoppelten Niedriglohnsektor, der in seiner Gänze allerdings unterhalb der niedrigsten Entgeltgruppe der tarifgebun-

denen Betriebe der Metall- und Elektroindustrie liegt. Hier konnte die IG Metall in der letzten Tarifbewegung als einen ersten Schritt Branchenzuschläge bis 50 % für Leiharbeiter(innen) durchsetzen. Hier käme es darauf an, dass die zuständigen Gewerkschaften für öffentliche und private Dienstleistungen es der IG Metall nachtun.

Die IG Metall zählt zu den durchsetzungsstarken Gewerkschaften. Die bisherigen Abschlüsse können sich sehen lassen. *Bruno Rocker*

IG Metall hat überdurchschnittlich abgeschnitten

So stark sind die Tarifentgelte zwischen den Jahren 2000 und 2012 in verschiedenen Branchen gestiegen (Jahr 2000 = 100):



hatte die Tarifpartner aufgefordert, die Altersdiskriminierung in den Tarifverträgen zu beenden. Bisher gibt es eine Altersstaffel mit unterschiedlichem Urlaubsanspruch je nach Alter zwischen 26 und 30 Tagen. Nach dem BAG-Urteil hat die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) die Urlaubsregelung im Tarifvertrag gekündigt und alle, die ab 1.1.13 eingestellt werden, erhalten unabhängig von ihrem Alter nur noch 26 Tage. Dieses Vorgehen der Arbeitgeber treibt viele Kolleg_innen auf die Straße. In allen Bereichen ist die Arbeitsbelastung in den letzten Jahren gestiegen und nun soll auch der Urlaub gekürzt werden? Bei einer kaum stattfindenden Aufgabenreduzierung hat im öffentlichen Dienst ein massiver Personalabbau stattgefunden: Zwischen 1991 und 2010 ist die Anzahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst durch Stellenabbau und Privatisierungen um 30% = 1,6 Mio. Menschen gesunken, im Bereich der Länder waren es 25% (Böckler Impuls 3/2012).

Die Arbeitgeber haben wie erwartet in der ersten Verhandlungsrunde am 31. Januar kein Angebot vorgelegt, auch in der 2. Verhandlungsrunde am 14. Februar hat die TdL alle Forderungen abgelehnt und kein Angebot gemacht. Die 3. Verhandlungsrunde findet am 7./8. März statt. Mit zwei Warnstreik-

wellen im Februar und März in allen Bundesländern versuchen die Gewerkschaften die Arbeitgeber zu einem akzeptablen Angebot zu bewegen.

Verhandlungsführer der TdL ist Jens Bullerjahn, ein Hardliner. Die Hoffnung, ein SPD-Mann werde sich in den Verhandlungen gesprächsbereiter zeigen als der vorherige Verhandlungsführer Möllring (CDU), hat sich wie erwartet als Illusion erwiesen. Bullerjahn ist Finanzminister in Sachsen-Anhalt, einem Bundesland, das weitgehend Pleite ist. Seiner Ansicht nach hat der Abbau von Schulden Vorrang vor einer Gehaltssteigerung der Beschäftigten und außerdem stehe dem ja auch noch die Schuldenbremse entgegen. Die Arbeitgeber wissen natürlich auch, dass die Länderbeschäftigten schlecht organisiert sind. Da es keine Schlichtungsvereinbarung gibt, steht am Ende die Frage, Erzwingungsstreik oder Akzeptieren eines wie auch immer gearteten Angebots. Dabei ist klar, dass es nur wenige Bereiche gibt, die zu einem Erzwingungsstreik fähig sind. Dringend notwendig ist eine strategische Debatte darüber, wie Kampfstärke zurück gewonnen werden kann, sonst erhalten die Tarifaufeinandersetzungen im öffentlichen Dienst der Länder den Charakter einer kollektiven Bettelaktion! *Marion Pufal*

30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich! BDA findet den Vorschlag absurd. FAZ

12.2.2013. Die Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände wies den Vorschlag postwendend als absurd zurück: „Die Lohnstückkosten würden dadurch drastisch nach oben getrieben und der ohnehin bestehende Fachkräftemangel nochmals erheblich verschärft.“ Die deutsche Wettbewerbsposition würde sich dadurch schwächen.

BDA kritisiert Warnstreiks an Flughäfen. HB, Sa., 16.2.13.

Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt hat die Gewerkschaft Verdi wegen der Warnstreiks an deutschen Flughäfen scharf kritisiert. „Es ist unverantwortlich, völlig utopische Lohnforderungen von 30 Prozent und mehr auf dem Rücken der Fluggäste und Flugesellschaften auszutragen“, sagte Hundt. „Die Behauptung von Hungerlöhnen ist schon deshalb absurd, weil mit Verdi vereinbarte gesetzliche Mindestlöhne zum Beispiel in Düsseldorf von 8,23 Euro und Tariflöhne bis 12,36 Euro gelten“, fügte er hinzu. Das Sicherheitspersonal hatte an den Flughäfen Köln-Bonn und Hamburg die Arbeit niedergelegt. Zahlreiche Flüge fielen aus.

BDI befürwortet Fortsetzung von EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. BDI-Presseinformationen, Mo., 25.02.13.

BDI-Präsident Ulrich Grillo unterstützt eine Entscheidung der europäischen Politik für eine EU-Mitgliedschaft der Türkei. Die deutsche Industrie will nicht nur, dass sich die Politik bald entscheidet. Die Industrie befürwortet die Fortsetzung von Beitrittsverhandlungen sagte Grillo anlässlich eines deutsch-türkischen Politik- und Wirtschaftsgipfels in Ankara. Die vom britischen Premierminister David Cameron gestartete Diskussion um eine neue Architektur Europas und die Entwicklung der Eurozone bieten laut Grillo die Gelegenheit zu einer neuen europäischen Geometrie. Die Türkei sei mit ihrer modernen und boomenden Wirtschaft sowie ihrer geostrategisch bedeutsamen Lage einer der wichtigsten Partner Deutschlands und Europas. Historisch und durch die Millionen türkischstämmiger Bewohner Deutschlands existiert zwischen beiden Staaten eine besondere Beziehung, die einer Brückenfunktion in die EU gleicht, unterstrich der BDI-Präsident. Deutschland sei der wichtigste Wirtschaftspartner der Türkei. Seit 1980 sei Deutschland der größte ausländische Direktinvestor und mit rund zehn Prozent des türkischen Handelsvolumens der wichtigste Handelspartner. Der bilaterale Handel habe mit 31,8 Milliarden Euro im Jahr 2011 ein neues Rekordniveau erreicht und sei 2012 weiter gestiegen.

Zusammenstellung: rst

Europäische „Jugendgarantie“

Mit einer Mitteilung vom 5. Dezember des letzten Jahres, Titel „Junge Menschen in Beschäftigung bringen“¹, schlägt die Europäische Kommission eine sogenannte Jobgarantie für Schulabgänger vor. „Die Jugendgarantie muss durch ein umfassendes und ganzheitliches System umgesetzt werden, dass junge Menschen binnen vier Monaten nach ihrem Abgang von der Schule oder nach einem Arbeitsplatzverlust ein gutes Angebot für einen Arbeitsplatz, eine Weiterbildung oder eine Ausbildungs- bzw. Praktikumsstelle erhalten.“

Wie häufig, richtete sich der Aufruf der Kommission an die Mitgliedsstaaten. Was dann zu tun ist, um eine solch wortgewaltige Ankündigung in eine umsetzbare Praxis zu transformieren, bleibt weitgehend im Dunklen. Allerdings entwickelt sich in diesem Fall vor dem Hintergrund der katastrophalen Situation vor allem in den südeuropäischen Ländern durchaus eine Praxis rund um die verheißungsvolle Ankündigung. In der Mittelfristigen Finanzplanung der EU sind insgesamt 6 Mrd. Euro für Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit reserviert worden, die zur Hälfte aus den Europäischen Sozialfonds und zur Hälfte aus den Strukturfonds kommen. Sie sollen für Länder mit einer Jugendarbeitslosigkeit

von mehr als 25% eingesetzt werden (Transferunion).

Jetzt hat der Rat (Fachminister für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) in seiner Sitzung vom 28. Februar diesen Jahres einen Beschluss gefasst, in dem Vorschläge zur praktischen Umsetzung der Garantie gemacht werden.² Wichtiger ist jedoch, dass sich die europäischen Gewerkschaften in praktischer Absicht an das Thema begeben. Bezüglich der Qualität von Ausbildung und Praktika haben sie, vor dem Hintergrund einer Anhörung durch die Kommission, die in diesem Zusammenhang Mindeststandards formulieren will, die Arbeitgeber zu Verhandlungen um diese Frage aufgefordert. Eine Einigung würde die Vorlage einer Verordnung durch die Kommission ersetzen. Die Verhandlungsdelegation ist hier ausschließlich mit jungen Gewerkschaftern aus den verschiedenen Ländern der EU besetzt. Für den 14. März ist nun ein Aktionstag in Brüssel geplant, der sich gegen die Sparpolitik als Mittel der Krisenbewältigung richtet, der aber vor allem die Initiativen zur Jugendgarantie und der Qualitätssicherung in Ausbildung und Praktikum positiv aufnimmt.

Rolf Gehring

1 <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:52012DC0727:EN:NOT>

2 <http://www.etuc.org/a/10925>

Zwischen den Stühlen – doch klar positioniert

Mit seinem Rücktritt, so heißt es, gehe Papst Benedikt XVI. in die Geschichte ein. Da lohnt es sich, einmal drüber nachzudenken, was sich in den vergangenen knapp acht Jahren seiner Dienstzeit im „System Religion“ so getan hat und vor allem, wie er sich und seine Organisation positioniert hat.

Als der Vorgänger-Papst Johannes Paul II. gestorben war, ging ein Aufatmen durch die kirchlichen Reihen. Groß war die Hoffnung vieler gläubiger Menschen, dass nun ein Kirchenoberhaupt kommen würde, das die längst überfälligen Reformen in Theologie und Strukturen der katholischen Kirche in Angriff nehmen könnte. Als Joseph Ratzinger als neuer Papst Benedikt XVI. das Rennen gemacht hatte, lud er kurz nach seiner Wahl seinen lebenslangen theologischen Kontrahenten und Kritiker, den berühmten Reformtheologen Hans Küng, zum Gespräch ein. Küng war 1979 unter Beihilfe von Kardinal Ratzinger die kirchliche Lehrerlaubnis entzogen worden. Er hatte das Dogma von der Päpstlichen Unfehlbarkeit kritisiert. Sollte aus dem erzkatholischen obersten Glaubenswächter am Ende doch noch einer geworden sein, der endlich die Zeichen der Zeit verstand?

Zwischen Säkularismus und Fundamentalisten

Religionssoziologen beschreiben ziemlich genau die strategische Position der katholischen Weltkirche. Ein Blick auf den Globus zeigt sie geographisch und sozial eingeklemmt zwischen zwei gesellschaftlichen Entwicklungen, die gegensätzlicher nicht sein könnten.

Auf der einen Seite der zunehmende Bedeutungsverlust, den die Kirche als Institution in modernen Gesellschaften erleidet. Betrachten wir vor allem Europa, ihr ursprüngliches Zentralgebiet, so muss die Kirche erleben, wie in den letzten beiden Jahrhunderten viele gesellschaftliche Teilbereiche sich aus der Erklärungshoheit der Religion gelöst haben. Allen voran Naturwissenschaft und Technik, aber auch die eigenständige Entwicklung stringenter zivilen Rechts, der Ökonomie, sowie die Verselbständigung von Kultur und Kunst führten zu Staatswesen, die sich versachlicht organisieren und immer häufiger zweckrational selbst definieren. Religiöse Erklärungen und Entscheidungen spielen in deren Öffentlichkeit mehr und mehr eine untergeordnete Rolle. Religion und kirchliche

Ideologie der großen Konfessionen sind nur noch bedingt in der Lage, über die moderne Gesellschaft ein Dach universaler Welterklärung zu spannen.

Und dann sind da auf der anderen Seite die charismatischen evangelikalen Bewegungen. Sie haben großen Zulauf. Diese von ihren Auffassungen her höchst reaktionären geistbeseelten Bewegungen, jagen in Südamerika, Asien und Afrika den etablierten Kirchen ihre Marktanteile ab. Zwar bleiben sie mit ihren katholischen Gemeinden organisatorisch und statistisch verbunden. Aber die katholische Kirche schreibt selbst, dass sie an die dreißig Prozent ihrer Gläubigen in Lateinamerika an diese aggressiv missionierenden freien Kirchen verloren habe. Ihre Prediger kommen meistens aus den USA und sind von dort mit vielen Millionen Dollar ausgestattet. Die Kirche hat sie gottesdienstlich und seelsorglich nicht mehr unter ihrer Kontrolle.

Dieser christliche Fundamentalismus reagiert auf eine Moderne, die er als moralisch verkommen wahrnimmt. Bunte Sexualpraktiken, Abtreibung, Verhütung, Gleichgeschlechtlichkeit: all dies ist für ihn ein Verstoß gegen die göttliche Ordnung. Die „Repatriarchalisierung der Geschlechterbeziehungen“, besonders restriktive Sexualnormen und der Rückgriff auf den vermeintlich echten, buchstäblichen Wortlaut der Bibel sind die Antwort dieser evangelikalen Bewegungen. Daher bestreiten sie zum Beispiel auch so vehement naturwissenschaftliche Erkenntnisse der Evolutionstheorie. Darauf reagiert die katholische Kirche, indem sie sich selber fundamentalistischer gibt und sogar angesichts von Millionen Aids-Krankern in Afrika Kondome verbietet. Eine allzu weltoffene katholische Kirche würde sonst wachsende Verluste in diesen Teilen der Welt haben.

Zwischen den Stühlen von Glaube und Vernunft

Religion erlebt Säkularisierung immer als Provokation. Auch die katholische Kirche ist zu einer Stimme unter vielen geworden, die für sich beanspruchen, die Welt zu deuten. Dabei ist es doch ihr Selbstverständnis, allein und ausschließlich allem Ungewissen einen eindeutigen Sinn zu verleihen. Auch Papst Benedikt XVI. hat zeitlebens diese Provokation als Bedrohung und Gefahr für den Glauben empfunden und dagegen angekämpft.

Er wollte allerdings kein vernunft- und kulturfeindliches Christentum. Er mochte es gerne, wenn die Medien ihn als „Herrn Professor Dr. Papst“ titulierten. Er sprach von der „Pathologie der Religion“ und machte viele, die das vernahmen, hellhörig. Zugleich versuchte er, die Vernunft, wie er sie verstand, in ihre Schranken zu verweisen. Er wollte also nicht eine „Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft“. Schon eher umgekehrt. „Denn es gibt auch eine ‚Pathologie der Vernunft‘, die nicht minder gefährlich, sondern von ihrer potentiellen Effizienz her noch bedrohlicher ist ... Deshalb muss umgekehrt auch die Vernunft an ihre Grenzen gemahnt werden und Hörbereitschaft gegenüber den großen religiösen Überlieferungen der Menschheit lernen. Wenn sie sich völlig emanzipiert und diese Lernbereitschaft ... ablegt, wird sie zerstörerisch.“

In seiner im Jahr 2006 an der Universität gehaltenen „Regensburger Rede“ kritisiert er die Reformation, die sich zur Trennung von Vernunft und Glauben habe hinreißen lassen. Um dann auf Immanuel Kant zu kommen, der das Erbe der Reformatoren auf die Spitze getrieben habe. Auf der anderen Seite wirft er dem Islam vor, dass er Gott nur als „absolut transzendent“ denke, während das Christentum ihn durch den Glauben und die Vernunft erkennen könne. Darum sei das Christentum dialogbereit, der Islam nicht. Über diese Darstellung gab es damals in der islamischen Welt eine große Empörung. Man musste ja auch nicht bösen Willens sein, um aus dieser Kontrastierung herauszulesen, dass der Papst damit den Christen schmeichelt und die Muslime diffamiert. Damit hatte er natürlich den Dialog zwischen den Religionen an die Wand gefahren. Nebenbei bemerkt, hat es ja auch in der westlichen Welt kaum je eine Einheit von Glauben und Vernunft gegeben.

Dass das kein zufälliger professoraler Patzer war, sondern Methode, zeigt auch sein Umgang mit der modernen christlichen Theologie. Benedikt XVI. lobt in seinen drei „Jesus“-Büchern zunächst die historisch-kritische Methode und streicht heraus, wie notwendig sie zum Verständnis biblischer Texte sei. Geradezu schlaue Begründet er dies damit, dass der christliche Glaube sich wesentlich auf ein einmaliges historisches Geschehen, nämlich die Handlungen und Worte Jesu, beziehe.

Doch das Lob mündet bald in dem warnenden Hinweis, dass die historische Methode bei der Anwendung auf biblische Schriften „Grenzen“ respektieren müsse. Denn der biblische Text sei gemäß kirchlicher Lehre nun mal von Gott höchst selbst inspiriert. Am Ende gehe die historisch-kritische Methode doch in die Irre, denn sie könne niemals erkennen, dass Jesus als Mensch zugleich Gott gewesen sei. So ist nach Auffassung einschlägiger Wissenschaftler das päpstliche Jesus-Buch trotz aller gegenteiligen Beteuerungen seines Verfassers, kein historisch wissenschaftliche Arbeit, sondern eine Ansammlung von gottesdienstlichen Meditationen über die Gestalt Jesu. „Wäre nicht der Papst der Verfasser dieses Buches, würde es von akademischen Exegeten nicht oder doch nur als eine peinliche Entgehnung zur Kenntnis genommen werden und in kirchlichen Buchläden bald verstauben,“ so schreibt der Göttinger Theologie-Professor Gerd Lüdemann. So viel zum Rationalismus eines Ratzinger.

Für die konservativen Frommen

So wird klar, auf welche Seite sich dieser Papst geschlagen hat. Er wollte mit religiöser Substanz und theologischer Kontinuität gegen die säkular gewordene Funktion seiner Kirche in der Gesellschaft angehen. Daher Ratzingers Beharren auf harter Dogmatik. Der „Katholische Katechismus“ von 1997, den er wesentlich mit verfasst hat, ist dafür ein Beispiel. Es sind die konservativ Frommen, denen seine Aufmerksamkeit gilt. So war zum Beispiel die Kernaussage seiner „Freiburger Rede“ anlässlich seines Besuches in Deutschland im September 2011, dass

er die Verweltlichung seiner Kirche anprangert und ihre „Entweltlichung“ anpreis. „Um ihrem eigentlichen Auftrag zu genügen, muß die Kirche immer wieder die Anstrengung unternehmen, sich von dieser ihrer Verweltlichung zu lösen. ... Die Geschichte kommt der Kirche in gewisser Weise durch die verschiedenen Epochen der Säkularisierung zur Hilfe, die zu ihrer Läuterung und inneren Reform wesentlich beigetragen haben. ... Die Säkularisierungen — sei es die Enteignung von Kirchengütern, sei es die Streichung von Privilegien oder ähnliches — bedeuteten nämlich jedes Mal eine tiefgreifende Entweltlichung der Kirche, die sich dabei gleichsam ihres weltlichen Reichtums entblößt und wieder ganz ihre weltliche Armut annimmt.“

Für den Papst und seine fromme Zielgruppe, ist der mächtige kirchliche Apparat mit Kirchensteuern und über einer halben Million Beschäftigten in der Caritas deshalb schon immer ein Dorn im Auge. Er wünscht sich eine Rückbesinnung auf das „Kerngeschäft“ der Kirche, die getrennt von staatlicher Einflussnahme eigenständig strukturiert ist. Es ist der Ruf nach der Substanz, dem „Eigentlichen“, dem „Proprium“ von Religiosität und Kirche, wie es konservative Theologen seit jeher einfordern. Und von denen ist der Weg zu den charismatischen Fundamentalisten nicht mehr weit. Seine Angebote an reaktionärer Moral und irrationaler Dogmatik gelten gerade auch ihnen.

Das Schweigen des Hirten

Von seinen lauen Worten zu den Skandalen sexualisierter Gewalt in den Kirchen der USA, Irlands und in Deutschland wollen wir hier nicht noch einmal

ausführlich schreiben (siehe dazu POLITISCHE BERICHT 3/2010). Hatte er selbst doch noch als Präfekt der Glaubenslehre im Jahre 2001 die Anweisung gegeben, dass innerkirchliche Verfahren dieser Art der höchsten päpstlichen Geheimhaltung, dem „secretum pontificium“, unterliegen und nur am Apostolischen Gerichtshof der Glaubenskongregation abzuhandeln sind. Keinesfalls durften kirchliche Behörden vor Ort, so seine Anweisung, die Staatsanwaltschaft auch nur informieren.

Geschwiegen hat er auch zu den Auffassungen der Pius Brüder, die nicht nur gegen den Beschluss des Zweiten Vatikanischen Konzils die lateinische mittelalterliche Messe wieder einführen wollten, sondern in geradezu faschistoider Weise den Holocaust gelehnet haben.

Wohin sein Schweigen und Verharren auf der erzkatholischen Moral in der Wirklichkeit führt, zeigte sich anschaulich nur wenige Tage vor der Ankündigung seines Rücktritts. Eine vergewaltigte Frau wurde in Köln von zwei katholisch geführten Krankenhäusern abgewiesen und noch nicht einmal ärztlich versorgt. Die Begründung war, in der erforderlichen ärztlichen Betreuung hätte die Verwendung der „Pille danach“, für katholische Moraltheologen eine Abtreibungsspielle, angesprochen werden müssen.

Kein schwacher Papst

Er war wirklich kein schwacher Papst, der am Ende die Welt nicht mehr verstand und deshalb seinen Job hinschmiss. Keineswegs „entzauberte“ er durch seinen Rückzug das höchste Kirchenamt und machte es damit säkular,



Links: Papst Benedikt XVI. am Grab seines Kollegen Coelestin V.. Rechts: Darstellung von Pietro del Murrone als Papst Coelestin V., 1215-1296, der vom 29. August bis zum 22. Dezember 1294 regierte, Heiligen-Lexikon: Liberatus de Lauro, Bd. 3, S. 812

vergleichbar dem eines anderen beliebigen Funktionsträgers. Selbst seinen ungewöhnlichen Abgang setzte er dogmatisch genau abgezirkelt in Szene und stellt ihn in eine kirchengeschichtliche Kontinuität. Bereits im Jahre 1294 trat ein Papst, der „engelsgleiche“ Coelestin V., von seinem Amt zurück. Anders als das Priesteramt besitzt das Amt des Papstes nach katholischem Kirchenrecht keinen immerwährenden Charakter. Vom Priesteramt kann man nicht „zurücktreten“. Auch das von einem gottlosen Priester gespendete Sakrament wirkt. Das Amt des Papstes dagegen ist ausdrücklich ein Wahlamt, in das jeder katholische Mann gewählt werden kann. Er muss dazu – obgleich das in den letzten Jahrhunderten immer Brauch war – weder Priester noch Mönch, nicht einmal Theologe sein. Das hat die Katholische Kirche in den Jahrhunderten ihrer Geschichte in vielfältigster Weise praktiziert. Im übrigen konnte die Kirche auch einen unliebsam gewordenen Papst entfernen. Die Kaiser des „Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation“ und die mächtigen Adelsgeschlechter in Rom haben dies auch durch Konzilien, Gift und Waffen fleißig betrieben. Der Rückzug ins Kloster ist eine weitere bekannte Variante.

Ratzinger war von Coelestin V. besonders fasziniert. Nach dem Erdbeben in L'Aquila am 6. April 2009 besuchte er dessen unversehrten Sarkophag in der eingestürzten Basilika Santa Maria di Collemaggio. Dort legte er sein Pallium auf die Kristallabdeckung des Sarges, die päpstliche Wollstola mit ihren Insignien – dem Wappen, den Schlüsseln Petri, der Tiara und fünf Kreuzen für die fünf Wundmale Christi –, die ihm selbst bei seiner Krönung im April 2005 auf dem Petersplatz verliehen worden war. „Ein Jahr später“ (so „Die Welt“ vom 27.2.2013) – „... am 4. Juli 2010 – kam Benedikt XVI. mit dem Helikopter von Castel Gandolfo nach Sulmona geflogen, um am Fuß des Majella-Massivs den 800. Geburtstag Coelestin V. zu feiern. Bei diesem Heiligen hat er nun revolutionär Maß genommen ... , als er am 11. Februar entschieden und fast wortgleich mit Coelestin V. erklärte: „Im Bewusstsein des Ernstes dieses Aktes erkläre ich mit voller Freiheit, auf das Amt des Bischofs von Rom, des Nachfolgers Petri zu verzichten, weil meine Kräfte nicht mehr geeignet sind, um den Petrusdienst in angemessener Weise auszuüben.“

Karl-Helmut Lechner

Quellen:

Jürgen Habermas / Joseph Ratzinger: „Dialektik der Säkularisierung“, 2005. **Kurt Flasch:** „Die Vernunft ist keine Jacke“, Berliner Zeitung vom 22.9.2006, www.vaticanhistory.de/wordpress/?p=1756

Wohin muss sich die Linke orientieren? – Das Forum Demokratischer Sozialismus (FDS) und die Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung (ArGe) in Nordrhein-Westfalen führten am 23. Februar eine gemeinsame Veranstaltung unter dem Titel „Die Wähler_innen der Linken im Westen“ durch. Referent war Horst Kahrs, Referent im Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa Luxemburg Stiftung. Er stellte mit seinem Vortrag drei Anforderungen, die die Linke in der Zukunft, aber auch in Hinsicht auf die Bundestagswahl 2013 beantworten müsse: Erstens müsse sie eine realistische Bestandsaufnahme ihrer derzeitigen Situation durchführen – die im Osten wie im Westen nicht besonders gut ist. Im Osten ist die Partei nach wie vor überaltert, Parteistrukturen gehen durch den Tod von Mitgliedern verloren. Im Westen sind die Parteistrukturen nicht stabil und lückenhaft. Die Linke muss die Frage beantworten, welche Rolle sie als kleine Partei im bundesdeutschen Parteien- und Par-

lamentssystem übernehmen will. Und schließlich – nicht schnell zu beantworten, aber nach der Bundestagswahl zu diskutieren: Wo will die Linke 2020 stehen? An der Debatte beteiligten sich viele der 19 Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit Beiträgen u.a. zu der Frage, wie sich die Partei von der Sammlungs- und Protestpartei zu einer Veränderungspartei entwickeln könne, ob es dafür in den alten Bundesländern überhaupt Mehrheiten gibt oder ob die Hoffnung überwiegt, als Protestpartei zu überleben. Einig waren sich alle, dass der Wiedereinzug in den Bundestag große Anstrengungen der Partei verlangt, aber (noch) nicht gefährdet ist und dass es eine Aufgabe der Linken ist, die zunehmende Ungleichheit und Verarmung zu thematisieren und Lösungsvorschläge zu entwickeln. Wir dokumentieren im folgenden einen Aufsatz von Horst Kahrs aus Luxemburg 4/2012*, der seinem Vortrag zugrunde lag.

Ulrike Detjen

Abschied und Wiederkehr

Neuorientierung der Linken

Horst Kahrs

Der Wechsel an der Spitze der Linkspartei zeigt erste positive Wirkungen. Hatte die vorherige Parteiführung den Niedergang in der Umfrage- und Wählergunst so lautstark wie hilflos verwaltet, besteht nun Offenheit für vielfältige Erfahrungen und neue politische Methoden.¹

Um die Partei für eine bessere Zukunft aufzustellen, gilt es Abschied zu nehmen: Die linke „Wahlalternative“ hatte im Herbst 2009 ihren Gründungszweck erfüllt. Die SPD wurde abgestraft und von links unter Druck gesetzt. Mit den insgesamt unbefriedigenden Wahlergebnissen von 2010 und 2011 muss jedoch eine strategische Option als gescheitert gelten, die auf ein Stimmengewicht von bundesweit bis zu 20 Prozent setzte. Auch die Option, die Linke als „kleine Partei“ in den westdeutschen Landtagen zu etablieren, erlitt durch die Wahlen 2012 einen Rückschlag. Manche setzen nun auf den bleibenden bundespolitischen Stellenwert als Wahlalternative zur SPD. Regiere diese im Bund erst wieder, steige auch die Nachfrage nach einer linken Alternative. Politische Überlebens-

kunst als Parlamentspartei dominiert hier gegenüber der Entwicklung einer eigenständigen Strategie zur Verbesserung der Lebensverhältnisse.

Wahlpolitische Auszehrung

Um bei Wahlen erfolgreich abzuschneiden, stehen Parteien „Geld“ und „Leute“ zur Verfügung. Traditionell haben linke Parteien eher die „Leute“, rechte das „Geld“. „Leute“ meint Mitglieder und Anhänger, die in ihrem Alltag gegenüber anderen gut über die Partei reden. Die soziale Reichweite der Linkspartei ist arg geschrumpft. Kamen in Nordrhein-Westfalen 2009 auf 1 000 Wahlberechtigte noch 60 Anhänger der Linken, so waren es 2012 nur noch 15. Die Chancen, im Alltag auf jemanden zu treffen, der positiv über die Partei spricht, tendieren zum Niveau einer Splitterpartei. In den ostdeutschen Ländern und im Saarland sieht es zahlenmäßig noch anders aus, doch mit der älter werdenden Mitgliedschaft geht auch hier die soziale Präsenz der Partei zurück. Vielerorts in West und Ost führt sie eben kein von anderen Parteien unterscheidbares Leben. Auch fehlt die kritische Masse an aktiven Mitgliedern, um kurzfristig erfolgreich gegensteuern zu können.

* Nachdruck hier mit freundlicher Genehmigung des Autors. Quelle: Luxemburg 4, Dezember 2012, 160 S., 10 Euro, Bestellung unter: http://www.zeitschrift-luxemburg.de/?page_id=154

1 Zur sozialstrukturellen Spaltung im Wählerverhalten vgl. Kahrs (2012): Abschied aus der Demokratie, RLS-Studie

Über die permanente Wahlkampfmobilisierung wurde der Parteaufbau vernachlässigt. Das rächte sich 2012.

„Wir sehen keine ausreichenden Gründe mehr, euch unsere Stimme zu geben.“ Diese Botschaft erreichte die Partei bei den Wahlen 2012 massenhaft. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich Folgendes: Ein Block der Abgewanderten will handfeste sozialdemokratische Politik und wählt wieder SPD. Ein zweiter Block will eine neue Partei ausprobieren, die die Linke nicht mehr ist, und wählt die Piratenpartei. Ein dritter Block findet keine Partei mehr der Stimme wert und bleibt der Wahl fern. Die Botschaften des enttäuschten Souveräns an die Linkspartei sind widersprüchlich. Einfache Antworten verbieten sich. Eindeutig ist: Es gibt im Westen Deutschlands keine ausreichend große Stammwählerschaft, um die Partei verlässlich auf die Bühne parlamentarischer Politik zu hieven. Wer geglaubt hatte, zwischen 2005 und 2009 seien die Wähler und Wählerinnen politisch nach links gerückt, erkennt spätestens jetzt seinen Irrtum. Es gab nicht plötzlich drei Millionen Sozialisten und Antikapitalistinnen im Westen, sondern die nach rechts rückende SPD hatte Millionen sozialdemokratische Wähler heimatlos zurückgelassen. Die Linkspartei hat es nur unbefriedigend und vorübergehend geschafft, die vielfältigen sozialen und politischen Erwartungen, die auf sie gerichtet wurden, kreativ zusammenzuhalten. Es ist ihr nicht gelungen, aus der Konkursmasse sozialdemokratischer Politik, aus der Verteidigung fordristisch geprägter Sozialstaatsinstitutionen, aus antikapitalistischen Haltungen und ostdeutschen Umbrucherfahrungen ein verbindendes politisches Selbstverständnis links von der Sozialdemokratie zu schaffen.

Bei den Berliner Wahlen 2011 tauchte das Problem bereits auf. Es gelang nicht, die massiven Stimmenverluste, die durch den Tod älterer WählerInnen entstanden waren, durch Zuwächse bei den Jüngeren auszugleichen. Vielmehr wechselten gerade auch im Ostteil der Stadt jüngere Wahlberechtigte unter 40 zur Piratenpartei. Der unverbrauchte technikaffine rebellische Habitus der Piraten machte einen solchen Wechsel attraktiv. Gleiches gilt für die Art und Weise, in der die Piratenpartei das Thema soziale Gerechtigkeit als eine Frage des egalitären Zugangs zur Einkommen, Wohnen und Mobilität ansprach. Offensichtlich ist in den vergangenen zwanzig Jahren unter den Bedingungen neoliberaler Hegemonie eine Generation ins (prekäre) Berufsleben hineingewachsen, für die eine Verteidigung sozialstaatlicher Sicherheiten nichts mehr bedeutet. Mit bestimmten „alten“ Grundmustern sozialstaatlicher Institutionen verbinden

sie nichts Erreichbares mehr, stattdessen hat „Grundeinkommen“ einen guten Klang, und die „Wiederherstellung der Rentenformel“ fühlt sich an wie eine geheimnisvolle Botschaft aus der Scheibewelt. Die Linkspartei kann da, das haben die innerparteilichen Debatten um das Grundeinkommen gezeigt, nicht mithalten. Ihre ursprüngliche Stärke und wahlpolitische Attraktivität lag in der Verteidigung sozialstaatlicher Werte und Normen, wonach die Gesellschaft durch Arbeit zusammengehalten wird, Löhne Leistung abbilden und daher mit Recht der Maßstab für die Bildung von individuellem Sozialeigentum sind. Eine Wende zum bedingungslosen Grundeinkommen hätte vermutlich höhere Verluste als Gewinne an Stimmen und Mitgliedern gebracht. Tatsächlich wird die Linke in dieser Zwickmühle wahlpolitisch zum „Generationenprojekt“ der über 45-jährigen sozialstaatlich orientierten Wahlberechtigten. In dem Maße, wie eine Wiederherstellung alter sozialstaatlicher Sicherheiten misslingt, verliert sie auch hier an politischem Wert.

Die gesellschaftliche Basis einer erfolgreichen linken Partei

Die Linkspartei braucht eine thematische Erneuerung und einen neuen politischen Spannungsbogen in einer veränderten politischen Arena. Solange es daran mangelt, wird sie der „asymmetrischen Demobilisierung“ nichts Substantielles entgegensetzen können. „Asymmetrische Demobilisierung“ beschreibt die seit der zweiten Kohl-Regierung zu beobachtende Tendenz einer sozial ungleich anwachsenden Wahlenthaltung. Vor allem jene Wählerschichten bleiben der Wahl fern, die auf sozialstaatliche Politik angewiesen wären, deren Lebensplanungen durch anhaltende Arbeitslosigkeit, prekäre Jobs und niedrige Einkommen blockiert und entwertet sind. Die ihre Lebenslagen tatsächlich „individualisiert“ haben und als Folge eigenen (Un-)Vermögens verbuchen. Und die dem Versprechen nicht mehr glauben, dass ihre unzähligen Anpassungsbemühungen eines Tages von Erfolg gekrönt sein werden. Union und SPD nahmen den Abschied dieser WählerInnen über zwei Jahrzehnte zumindest billigend in Kauf, und es verbreitete sich die Erfahrung, dass „die Politik“ sich nicht mehr kümmert. Soziale und politische Erwartungen dieser sozial heterogenen Schichten zu erfüllen, hätte tatsächlich bedeutet, eine aktive staatliche Industrie- und



»Hijack to Heaven«, Stefano Corso
© 1 5 3

Beschäftigungspolitik zu betreiben und Sozialstaatlichkeit auszubauen.

Die Wahlbeteiligung im Bund liegt in städtischen Vierteln, in denen Arbeitslosigkeit hoch und Einkommen niedrig sind, bei 40 Prozent und in Vierteln mit niedriger Arbeitslosigkeit und hohen Einkommen bei 80 Prozent. Die asymmetrische Demobilisierung verstärkt sich in Zeiten der Wirtschaftskrise. Das wundert Care for Class luxemburg | 4/2012 131 nicht, wenn bei allen Parteien „die Krise“ ganz oben auf der Agenda steht, damit aber wieder nicht die anhaltende Krise der Lebensverhältnisse gemeint ist, sondern die Krise von Euro, Banken, Staatsschulden und der Vermögen anderer Leute. Unter den „wahlbereiten“ Bürgerinnen und Bürgern dominieren soziale Schichten, die strukturell Mehrheiten im Sinne eines politischen Oben-Mitte-Bündnisses bilden und gegen die Ansprüche von „denen da unten“ verteidigen können. Wer einen nachhaltigen Politikwechsel, eine strukturelle Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse will, muss die klassenpolitische Demobilisierungsstrategie durchbrechen und die damit entstandene Repräsentationslücke ausfüllen.

Das ist die strategische Aufgabe und Existenzbegründung einer Linkspartei. Sie wird dadurch nicht zur „Unterschichtenpartei“, sondern zu der Partei, die Politik und Gesellschaft entschieden und radikal unter der Perspektive der Egalität, Gleichwertigkeit und Respektabilität aller betrachtet und verändern will. Sie ist damit eine Partei für all jene, die sich noch über unmäßige Ungleichheit empören können. Eine Politik der Gleichheit und Gleichwertigkeit relativiert die zentrale Rolle der Erwerbsarbeit für die gesellschaftliche Integration. In eman-

zipatorischer Sicht gilt nicht Erwerbsarbeit als zentraler gesellschaftlicher Integrationsmechanismus, sondern die Demokratie – gleichwertige Teilhabe an der demokratischen Selbstbestimmung der Gesellschaft. Noch eine Partei, die die lebenspraktische Bedeutung von Arbeit und Erwerbsarbeit unterstreicht, wird nicht gebraucht. Wohl aber eine gesellschaftliche Kraft, die Erwerbsarbeit selbst unter demokratische Hoheit stellen will. Für den Grundsatz „Hauptsache Arbeit“ braucht es ebenso wenig eine linke Partei wie für die keynesianische Ausgestaltung der Lohnarbeit.

Eine egalitär-demokratische Norm linker Politik erfordert eine Partei über die Wahlpartei hinaus, eine gesellschaftlich aktive Partei, die sich um alltägliche Probleme des Lebens kümmert. Die den Menschen eine Vorstellung davon gibt, wozu sie selbst in der Lage sind. Das kann gelingen, wo die Kultur der gegenseitigen Hilfe gefördert, wo aktive Gegenwehr gegen Stromabschaltungen oder Zwangsräumungen ermutigt, wo der Entwürdigung auf Ämtern entgegengetreten wird, kurz wo Politik als Selbstermächtigung entlang der Probleme eines krisenhaften Alltags entwickelt wird. Darin steckt die stabile Basis für linke Wahlerfolge in so unterschiedlichen Ländern wie Griechenland oder den Niederlanden. Ein anderer Weg steht wohl nicht zur Verfügung, um eine linke Partei als politische Kraft sozial zu verankern.

Mit der „Demokratie-Norm“ wäre die Linkspartei außerdem als Teil eines Lagers zu verorten: Es gibt Kräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, die die bestehende Machtverteilung bewahren wollen; und es gibt Kräfte, die daran zu Gunsten von mehr Demokratie und Souveränität über die eigenen Lebensverhältnisse etwas ändern wollen. Es gibt das konservative Lager und es gibt das demokratische Lager. Der Kern des demokratischen Lagers ist die Überzeugung, dass demokratische Prinzipien und die Reichweite demokratischer Entscheidungen die wirtschaftlichen Verhältnisse „rahmen“ müssen und nicht wie heute umgekehrt. In diesem Lager besteht die Linke auf Gleichheit und Gleichwertigkeit bis in die Unternehmen hinein und bleibt so immer deutlich unterscheidbar, aber nicht allein. Entschieden stellt sie statt der Profitmaximierung die Verwirklichung menschlicher Lebensinteressen in den Mittelpunkt und die soziale, die gesellschaftliche und individuelle Reproduktion. Wird die endliche Lebenszeit, das alltägliche Leben individuell gesellschaftlich für die optimale Verwertung des Arbeitsvermögens im ziellosen Produktions- und Verwertungsprozess strukturiert? Oder werden die notwendigen Freiräume für

ein erfülltes Leben behauptet und der Produktion ein menschliches Maß gesetzt? Was ist notwendig für die soziale Reproduktion der Gesellschaft und was ist sie wert? Auch hier ist zu fragen: Wozu braucht es eine sozialistische Partei neben allen anderen, wenn nicht, um gegen das gesellschaftliche Kapitalverhältnis den Gebrauchswert stark zu machen? Wie ist es also hinzubekommen, dass die Wirtschaft für die Menschen da ist und nicht umgekehrt?

Kleine Parteien – Trüffelschweine der Parteiendemokratie

Die Linkspartei ist bundespolitisch bis auf absehbare Zeit in der Rolle einer „kleinen Partei“ zwischen sechs und zehn Prozent. Darauf gilt es sich strategisch einzustellen. Kleine Parteien vertreten entweder eine stabile Stammwählerschaft mit besonderen Werten und Interessen oder aber sie schaffen es immer wieder, „Hebelthemen“ auf die politische Agenda zu bringen und damit unterschiedliche BürgerInnen anzusprechen. Der Mindestlohn war die Hebeforderung für den Grundsatz, der unter Anhängern unterschiedlicher Parteien geschätzt wird: „Von Arbeit muss man leben können.“ Deshalb konnte die Forderung so wirkungsvoll etwas in Bewegung setzen, dass sie am Ende übernommen wurde. „Erfolgreiches Scheitern“ gehört zum politischen Zyklus kleiner Parteien. Sie müssen immer wieder neue Hebel entdecken und geschickt ansetzen, um Wirkung zu entfalten. Mit „Demokratie“ und „sozialer Reproduktion“ gerät auch die Achse der Zeit, die politische Zeitökonomie als ein solches Hebelthema in den Fokus linker Politik. Ein „gutes Leben“ braucht eine andere Verteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit und mehr individuelle Zeitsouveränität. Die Frage der Zeit ist zugleich eine Frage der Grenzverläufe zwischen fremder und eigener Verfügung über endliche Lebenszeit. Sie ist unmittelbar verbunden mit der Alltagsorganisation, mit Zeitstress und Nachbarschaft, mit solidarischer Gegenseitigkeit und öffentlichen Gemeingütern. Aus dem Blickwinkel der sozialen Reproduktion ist „die Fabrik“ nicht mehr der alleinige Ausgangspunkt von Gegenmacht und Klassenbewusstsein. Zwar wird in der Lohnarbeit nicht nur die Vergütung verhandelt, sondern auch Wertschätzung und Selbstverwirklichungsmöglichkeiten – aber immer in Abhängigkeit von Stabilität und Qualität des Arbeitsverhältnisses. Prekarität und ständige Flexibilität in beruflicher, sozialer und räumlicher Hinsicht stehen dem entgegen. Gegenmacht und Klassenbewusstsein brauchen andere, zusätzliche Triebkräfte. Zudem lassen sich soziale Ansprüche nicht mehr nur an die Lohnhöhe koppeln. Öffentliche

Gemeingüter mit egalitärem Zugang hatten schon immer unter dem Aspekt der Gegenmacht, des Drucks von unten einen hohen Stellenwert. Der Ausbau des Öffentlichen, etwa „Lernmittelfreiheit für alle statt stigmatisierender Gutscheine für wenige“, ist das politische Feld einer linken Partei. Hier kann sie unterschiedliche soziale Lebenslagen zu gemeinsamen Anliegen bündeln und auf allen politischen Ebenen auch wahlpolitisch repräsentieren. Und es lassen sich viele politische Anschlüsse zum sozialökologischen Umbau herstellen. Vor allem wäre es ein politischer Hebel, um der eher plakativ bleibenden Forderung nach Solidarität zwischen heterogenen sozialen und Alters-Gruppen eine politisch-praktische Gestalt zu geben: als Forderung nach gleichberechtigtem Zugang zu öffentlichen Gütern, die für alle eine Verbesserung bedeuten würden. Wer über ausreichend Einkommen verfügt, um die gleiche Leistung am Markt einzukaufen, wird solchen politischen und sozialen Unten-Mitte-Bündnissen nichts abgewinnen können. Sie zielen auf den Abbau von Ungleichheit durch den Ausbau des Öffentlichen statt auf Zunahme der Ungleichheit durch Ausweitung der Marktprozesse. Das Öffentliche, das Gemeineigentum ist die Basis der Demokratie. Es garantiert die sozialen Voraussetzungen von Gleichheit und Gleichwertigkeit. Außerdem hat es die Lebensbedingungen von Demokratie immer wieder herzustellen: Transparenz demokratischer Institutionen, Zugang zu Wissen und Bildung, Egalität, Kooperation und Solidarität bei der Produktion des Gemeinsamen. Selbstbestimmung über die eigenen wie die gesellschaftlichen Verhältnisse erfordert Bereitschaft, sich zu beteiligen, und Verfügung über die dazu notwendige Zeit. Lebensverhältnisse, die von der Maßlosigkeit des Wertgesetzes und dem alltäglichen Überlebenskampf geprägt sind, sind keine demokratieverträglichen Verhältnisse. Das wäre das solidarische Angebot, welches eine linke Partei der „asymmetrischen Demobilisierung“ entgegensetzen kann.

Wo und wie die Hebelkraft einer kleinen linken Partei am besten anzusetzen ist, wird sich nur in einem politischen Dialog mit Kräften außerhalb der Partei und linker Bewegungen entwickeln lassen. Könnte die Partei es aus sich selbst heraus, wäre es in den vergangenen Jahren bereits geschehen. Die größte Unsicherheit für die mittelfristige Zukunft einer linken Partei, die mehr ist als medial präsente Wahlpartei, geht vom bevorstehenden Bundestagswahlkampf aus: Werden die anstehenden Aufgaben auf den Tag nach den Wahlen verschoben oder wird der Wahlkampf so geführt, dass er schon ein Beitrag zur Lösung ist? □

Münchner Oktoberfest: Ein Fest fällt aus dem Rahmen, ein Ort kommt um seine Bedeutung

Die seit 2008 eingeführte Sperrung der Münchner Theresienwiese während der Auf- und Abbauphase des Oktoberfestes (es geht um etwa 100 Tage im Jahr) wird von den Anwohnern nicht akzeptiert. Sie hat vielmehr eine umfassende Diskussion von Widmung und Nutzungskonzepten dieser bedeutenden Stadtfläche ausgelöst, die in einen gemeinsamen Antrag der angrenzenden drei Bezirksausschüsse zur „Wiederherstellung des Gleichgewichts der kommerziellen mit der nichtkommerziellen Nutzung der Theresienwiese“ mündete.* Die Stadtverwaltung, zuständig ist das Referat für Arbeit und Wirtschaft (RAW), Herr Reiter, SPD und designierter Kandidat für die OB-Wahlen im März 2014, gab sich jüngst bei einer mit ca. 150 Leuten ganz gut besuchten Veranstaltung im Viertel zwar aufgeschlossen für Kritiken, beharrte jedoch auf der Totalsperrung. Im April wird dem Stadtrat der Antrag der Bezirksausschüsse samt Beschlussempfehlung des RWA vorliegen, mit der die Sperrung des Geländes wohl besiegelt werden soll. Es ist nicht zu erwarten, dass damit der Konflikt der Verwaltung mit der Anwohnerschaft und Initiativen aus der Münchner Zivilgesellschaft befriedet wäre.

Wenn auch jede Änderung der Stadtlandschaft irritierend in Lebensgewohnheiten eingreift und somit Skepsis und Abwehrreflexe auslöst, wägen die Bürgerinnen und Bürger nach einer gewissen Zeit gewöhnlich Vorteile und Nachteile. Man nimmt auch die Beeinträchtigung im Alltagsleben hin, wenn man versteht, wozu das gut sein kann. Unmut über die Sperrung der Theresienwiese während der Auf- und Abbauphase, der über vier Jahre hält und sich steigert, ist ein starkes Signal. Wenn zudem auf der Ebene der Bezirke – viertelübergreifend! parteiübergreifend! – eine Alternative ausgearbeitet und der Öffentlichkeit vorgelegt wird, operiert die Stadtverwaltung offensichtlich nicht einleuchtend.

Das Münchner Oktoberfest, das sich im Lauf des 19ten Jahrhunderts mit der Entwicklung der alten Residenzstadt zur modernen Industriestadt etabliert hat, knüpfte an die im ganzen Land verbreitete Tradition der Herbst- und Erntefeste an, die im früheren bäuerlichen Leben des Landes ein Höhepunkt des Jahres war. Einmal im Jahreslauf gab es einen Kontrapunkt zum kargen Alltagsleben: Festliche Kleidung, überreichliches Essen und Trinken von so guter

Qualität, dass Arm und Reich am selben Ort den selben Genüssen fröhen. Dieser traditionelle Zuschnitt des Festes kann, wie sich gezeigt hat, auch die sozialen Gegensätze der Industriegesellschaft und Trennung von Stadt- und Ländlechen für einen Moment überbrücken. Es ist ein kulturelles und genussfreudiges Ereignis, das von allen erreicht werden kann und niemanden ausschließt. Seit eh und je ist deswegen der Bierpreis ein heiß diskutiertes Politikum, die Weite des Platzes und die großzügige Anlage der Bierzelte hat bald zwei Jahrhunderte freien Zugang ermöglicht.

Mit der landesweit vollzogenen Ablösung der ländlich-bäuerlichen Siedlungsweise durch die städtisch-industrielle bestimmen die Jahreszeiten nicht mehr die Abfolge von Arbeiten („Im März der Bauer ...“) und Festen nicht länger. Wenn der Verkehrsanschluss stimmt und der Ort günstig liegt, ist in der modernen Ballung jederzeit ein Großereignis möglich. So ist die Verwertung der Theresienwiese als Veranstaltungsort immer interessanter geworden.

Mit dieser Veränderung hat sich der Charakter des Ortes verändert. Als Veranstaltungsort des Herbstfestes konnte Landschaftscharakter und Veranstaltungsort im Gleichgewicht bestehen. Nach der „Wiesn“ war die Fläche wieder: Wiese. Von kulturellen Symbolen umgeben stellt der karge Landschaftsausschnitt mitten in der Großstadt eine Stadt-Land-Beziehung her. Für die Anwohner funktioniert der Raum als Stadtgrün, und seine schiere leere Existenz in dieser vorteilhaften Stadtlage unterstreicht, dass Verwertung nicht alles ist.

Wenn die drei Bezirksausschüsse etwas für die Erhaltung der Wiesenfläche als Naturraum tun wollen, stemmen sie sich gegen einen Trend, der Verwertungsinteressen überbetont. Es geht dabei nicht nur um Auslauf für die Bewohner des Viertels, dabei ist auch ein Gefühl für politische Werte: Das Geschäft darf den öffentlichen Raum nicht fressen. Die eng gebaute Stadt nicht die freie Fläche.

Wegerecht ist Bürgerrecht. Ohne die Bestimmung von Wegen kann es keinen öffentlichen Raum geben. Die Anlage der Wege auf der Theresienwiese ist heute weitestgehend durch Bedürfnisse der Massenveranstaltung geprägt. Sie machen die Theresienwiese zu einer Art Multifunktionshalle, vorläufig noch ohne Dach. Die Sperrung der

Wege während der Auf- und Abbauphase vollendet diese Gestaltungsidee, die darauf beruht, die Besucher an Wirtschaftsunternehmen optimal vorbeizuschleusen. Nur in dieser Funktion haben die Bürger etwas auf der Wiese verloren. Neben praktischen Erwägungen – Nutzung zum Joggen, Hund-Ausführen, Abkürzung für Fußgänger und Radfahrer – ist es diese Okkupation des Raums für Veranstalterinteressen, die die Bürgerinnen und Bürger aufregt.

Es ist beinahe schon fraglich, ob das Oktoberfest den Sprung in die neue Zeit schafft, ohne seinen spezifischen Charakter zu verlieren. Dies zeigt sich bereits an der Frage des Zugangs, der zu den Zelten angemeldet und hochpreisig erkaufte werden muss. Das Fest ist nicht mehr für Jedermann, seine übergreifend gemeinschaftsstiftende Funktion lädiert. Hat das Fest früher – gestützt durch eine Vielzahl von Traditionen – Stadt- und Landbevölkerung zusammengeführt, so wird es jetzt als Touristenattraktion beworben. Vielleicht entstehen ja Traditionen der internationalen Verständigung, die das Fest in die neue Zeit tragen könnten. Das Erwerbsinteresse der Veranstalter, der Stadtverwaltung beinahe mehr noch als der Schausteller und Wirte, bewährt sich allerdings als produktive Kulturkraft nicht.

Der Protest der Anwohner könnte als Signal begriffen werden, dass Stadt und Land ein Fest nur retten werden, wenn sie zu kluger Selbstbeschränkung in der Lage sind und Prioritäten setzen, die dem Fest den Rahmen ziehen. Eine Priorität liegt in dem Wechsel von „Wiesn“ und „Wiese“, von Nutzung durch fliegende Bauten und als freizugängliches Stadtgrün. Eine andere in der Behauptung des Wegerechts, die den gewerblichen Nutzern klarmacht, dass sie sich hier in einem öffentlichen Raum bewegen, der ihnen nur gastweise überlassen bleibt. Eine dritte schließlich in der Rücksicht auf die kulturelle Gesamtkonzeption, von freier Fläche, städtischer Bebauung und großartigem Denkmal.

Es wäre wirklich traurig, wenn ausgerechnet eine sozialdemokratisch bestimmte Verwaltung taub bleibt, wenn ihr solide durchdachta und demokratisch basierte Vorschläge zur „Wiederherstellung des Gleichgewichts der kommerziellen mit der nichtkommerziellen Nutzung der Theresienwiese“ serviert werden.

Martin Fochler

Dokumentation, ausführliche Berichterstattung und Verweise auf Hintergrundmaterial in folgender Ausgabe der Standpunkte des Münchner Forums: http://muenchner-forum.squarespace.com/storage/standpunkte/2013/Standpunkte_02.2013.pdf. Sowie auch in den Münchner Lokalberichten Nr. 2/2013, www.flink-m.de/uploads/media/20130214_mlb-02.pdf

Inhalt

Aktuelle Meldungen

Armutszuwanderung aus Südosteuropa
• Arbeitsmarkt: Stabile Trennlinie zwischen Ost und West • Linke: Hartz IV ist Armut und Ausgrenzung per Gesetz • DGB: Vorsicht bei den Mindestlohnplänen der Koalition • Syrien – der Konflikt wird eskaliert

Tschechischer Ministerpräsident in Bayern:

„dass wir auch heute ohne einander nicht auskommen“

Kontrollrechte vs. Geheimhaltung aus Prinzip

Wahlen in Italien: Kein eindeutiges Ergebnis

Auslandsnachrichten

Konvention für Frankreich: Keine Rettung für französisches Goodyear-Werk? • Schweiz: Protest gegen Sonntagsarbeit • Italien: Konvention Hausangestellte ratifiziert • Lehrstreik in Tunesien • Bangladesch: Kampagne für Saubere Kleidung übergab C&A über 8000 Protestunterschriften • Indien: Landesweite Solidaritätsaktionen mit Maruti-Suzuki Arbeitern • Korea: Gewerkschafter im unbefristeten Hungerstreik • China: Foxconn lädt ein zu Gewerkschaftswahlen • Chile: Erneut Todesopfer in einer Kupfermine

Aktionen ... Initiativen

EU-Mitgliedsstaaten beschließen neue Risikoprüfung • Armgespeist – 20 Jahre Tafeln sind genug • „Recht auf Nahrung darf kein Glücksspiel sein“ • „Strukturelle Rücksichtslosigkeit“ gegen Kinder beklagt • NSU-Ausschuss: BKA verschlammte Adressliste des Terror-Trios • „Die Gesetzesinitiative für einen Mindestlohn ist überfällig“ • Rüstungs-embargo gegen Saudi-Arabien gefordert • Brandenburg: Volksbegehren zum Nachtflugverbot formal übernommen • Neonazis verletzen Bundestagskandidaten der Linken

Mannheim Nazifrei! Blockaden verhindern die rassistische Kundgebung der NPD Rhein-Neckar

Mannheim: Bundesgartenschau-Beschluss mit kritischer Zustimmung der Linken

Langfristige Siedlungsentwicklung in Bayern und linke Politik

Kommunale Politik

Bürger befassen Stadtrat – Linke setzt Bürgeranregungen um: Dortmund. • Lebensmittelkontrolle muss dringend aufgestockt werden: Köln. • Barnier bewegt sich bei Wasserversorgung: Berlin. • Kurswechsel zu sozialverträglicher Wohnraumbewirtschaftung: Stuttgart.

Schwierige Lage bei der Tarifaueinwanderung der Beschäftigten der Länder

Forderungsdiskussion in der IG Metall

Europäische „Jugendgarantie“

Wirtschaftspresse

Papst: Zwischen den Stühlen – doch klar positioniert

H. Kahrs: Abschied und Wiederkehr: Neuorientierung der Linken

Münchner Oktoberfest: Ein Fest fällt aus dem Rahmen, ein Ort kommt um seine Bedeutung

Jahrestagung des Vereins für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation am 23./24. März in Frankfurt am Main

Tagung und Übernachtung:

Haus der Jugend, Frankfurt am Main, Deutschherrnufer 12

Tagesordnungspunkte:

Samstag, 23. März

12.30 Uhr: Einlass, Registrierung
13 Uhr: Begrüßung, Eröffnung, Organisatorisches
13.15 Uhr bis 14 Uhr: Vereinsangelegenheiten
• Berichte Vorstand
• Wahlen Vorstand
• Haushaltsbeschluss 2013
14 Uhr: Kaffeepause

14.30 Uhr:

Elemente einer neuen Regional- und Strukturpolitik: Das Linke-Strukturentwicklungsprogramm einer sozial-ökologischen und demokratischen Entwicklungsperspektive der Regionen.

Wir diskutieren mit Thomas Falkner den kürzlich vorgestellten Entwurf einer neuen Regional- und Strukturpolitik und bringen dabei Erfahrungen mit Stadtentwicklung, wirtschaftliche Entwicklung und Gentrifizierung, aus Städten und Regionen der westlichen Bundesländer ein.

Thomas Falkner ist Referent des Fraktionsvorstands im Landtag Brandenburg, hat an der Entwicklung des Positionspapiers mitgewirkt und zeichnet für das 2012 im Auftrag der Fraktion Die Linke im Landtag Brandenburg entstandene „Diskussionspapier zum Leitbild 2020plus“ verantwortlich.

Ralf Christoffers, Helmut Holter und Klaus Lederer

Elemente einer neuen Regional- und Strukturpolitik:

Das Linke-Strukturentwicklungsprogramm einer sozial-ökologischen und demokratischen Entwicklungsperspektive der Regionen.

DIE LINKE.

Sonntag, 24. März, 9 bis 12 Uhr

Der kurdische Konflikt und die aktuelle europäische Nahost-Politik (Syrien/Türkei).

Veranstaltung der Linke Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung. Referenten Jürgen Klute, MdEP die Linke (angefragt), Rudolf Bürgel.



Lageplan Haus der Jugend, Deutschherrnufer 12, Frankfurt am Main.

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in vier Wochen am 4. April 2013.

Redaktionsschluss: Freitag, 29. März.

Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die nächsten Erscheinungstermine:

4. April, 3. Mai, 6. Juni, 4. Juli, 1. August, 12. Sept., 10. Okt., 7. Nov., 5. Dez. 2013,